

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“ erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Postabonnement 4 Mk. Einzelne Nr. 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustr. Beilage 10 Pf. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1885 unter Nr. 746.)

Insertionsgebühr
beträgt für die 3 gespaltene Petitzeile ober deren Raum 40 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pf. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion: Benthstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

Die Gefahren von Sansibar.

Wir haben einen Konflikt mit Sansibar und unsere Chauvinisten können es kaum erwarten, bis es losgeht. Dann werden ja auch die Zeitungen wieder interessanter werden, da man vielleicht zu hören bekommt, daß Bomben in die Stadt Sansibar geworfen worden und dabei Häuser in Brand geraten und Menschen umgekommen sind. Einige Blätter verwahren sich schon im Voraus dagegen, daß man diesen „Fall“ mit dem Bombardement von Alexandrien durch die Engländer vergleichen könnte. Das ist bezeichnend genug.

Wir suchen indessen die Gefahren eines Krieges mit Sansibar nicht da, wo sie vielleicht Andere suchen; wir suchen sie auch nicht in den Truppen und den Geschützen des Sultans von Sansibar und seiner etwaigen Bundesgenossen. Aber wir fürchten, unsere Chauvinisten und Sabelrasler möchten diese Gelegenheit benutzen, um ein großes Geschrei darüber zu erheben, daß wir in Deutschland nur eine schwache Kriegsmarine — im Verhältnis zu den Kriegsflootten anderer Mächte — und vor Allem keine eigentliche Schlachtflotte besitzen. Wenn dieses Geschrei nur häufig genug erhoben wird, dann kommen auch die sogenannten bedächtigen Leute und meinen, man hätte eigentlich ganz recht, denn wir hätten nun schon einen ausgedehnten Kolonialbesitz und dazu müsse man auch eine Kriegsflotte haben, um den Kolonien den erforderlichen Schutz angedeihen lassen zu können. Und wenn von allen Seiten aus recht Lärm gemacht wird, dann sieht es aus, als ob es recht viele Leute in Deutschland gäbe, die ohne eine Schlachtflotte gar nicht mehr existieren könnten. Und dann wird sich auch der Mann — wer es sein möchte, darüber heute Untersuchungen anzustellen wäre überflüssig — finden, der „die Wünsche der Nation“, wie man den Lärm nennen wird, zu einem Gesetzentwurf formuliert, in dem vom Reichstage eine erstliche Anzahl von Millionen zur Herstellung einer Schlachtflotte verlangt wird. Das sind die Gefahren, die uns von Sansibar zu drohen scheinen, und sie sind ziemlich bedenklicher Art.

Eine Schlachtflotte, aus Panzerschiffen, Kanonen- und Torpedobooten und ähnlichen eisernen Seesungeheuern neuester Konstruktion bestehend, würde nebst den dazu gehörigen Kriegshäfen, Werften und Arsenalen ein ungeheures Geld kosten. Man erinnere sich daran, daß Frankreich und namentlich auch Italien ihre Finanzkräfte durch den Bau von solch eisernen Kolossen in einer Weise überlastet haben, daß sie noch lange daran werden zu tragen haben. Man hört in den Parlamenten dieser bei-

den Staaten alljährlich die Klagen über finanzielle Bedrängnisse sich erneuern. Daran sind die kostspieligen Kriegsschiffe allerdings nicht allein schuld, aber doch auch zu einem großen Theil.

Aber zu den Kosten für die Herstellung einer Schlachtflotte kämen dann noch die gewaltigen Kosten ihrer Unterhaltung. Das Marinebudget ist jetzt schon wahrlich groß genug; durch die Schaffung einer neuen und großen Kriegsflotte würde es sich je nach der Größe dieser Flotte verdoppeln, verdrei- oder vervierfachen. Wie leicht kann solch ein eiserner Koloss auf einer seiner Fahrten durch Scheitern, Stranden, Sinken oder Zusammenstoß zu Grunde gehen! Dann sind die verausgabten Millionen auf dem Grunde des Meeres begraben, um nie wieder gehoben werden zu können. Man denke an die großen französischen Schlachtschiffe, die vor mehreren Jahren gesunken sind, an den Untergang des „Großen Kurfürsten“ und man hat die Belege zu dem, was wir sagen. Wenn aber die neugegründete Schlachtflotte auch nur entfernt eine Konkurrenz mit den Flotten anderer Länder aushalten soll, so müssen die einzelnen Schlachtschiffe auch auf dem Stande der neuesten Konstruktionen erhalten werden. Man weiß, wie diese Konstruktionen fast alljährlich geändert werden auf Grund der in rascher Folge zu Tage tretenden Verbesserungen und neuen Erfindungen und wie diese Abänderungen mit unabsehbaren Kosten verknüpft sind. Man wird den bekannten kostspieligen Wettkampf zwischen Panzerschiff und Kanonen mitmachen müssen, einen Kampf, der sogar John Bull schon zu kostspielig geworden ist.

Diese Summen alle müßten durch neue Steuern aufgebracht werden, denn wo sollten sie sonst herkommen? Was neue Steuern für Deutschland bedeuten würden, darüber brauchen wir uns nicht auszulassen. Wir haben mehr als genug an den alten Steuern und Zöllen.

Ein Sachkundiger hat an ein Berliner Blatt geschrieben, er fürchte, daß die durch die deutsch-afrikanische Gesellschaft besetzten Territorien uns noch in viele Widerwärtigkeiten verwickeln werden. Schöne Aussichten! Das wäre ein Resultat der kolonialpolitischen Bestrebungen, das uns nur Konflikte und neue Auflagen in der Ferne zeigt!

Nun, es ist noch nicht so weit und der Reichstag hat die Mittel zu einer Schlachtflotte auch noch nicht bewilligt. Das Letztere ist freilich ein sonderlich genügender Trost.

Die Gefahren von Sansibar sind also vorhanden; wir wollen hoffen, daß sie wieder verschwinden. Und schließlich wollen wir betonen, daß die chauvinistischen Lärmmacher, mögen sie auch noch so laut die Pauke schlagen, denn doch nicht das deutsche Volk sind, obgleich sie sich oft geberden, als wären sie es wirklich.

Politische Uebersicht.

Der Reichskanzler beantragte im Bundesrat die Erhöhung der Ausprägung von Silber- und Kupfermünzen auf die nach der Volkszählung von 1880 zulässige Maximalzahl. Darnach sollen geprägt werden 10 276 000 Mark in Einmarkstücken, 400 000 Mark in Fünfundzwanzigstücken. Nickelmünzen sind noch vorrätig. Das Silber soll dem Silberbarrenbestand von 189 000 Pfund entnommen werden.

Wir haben herrlich weit gebracht, das hat der nationalliberale Abg. v. Eynern in einem Vortrage bewiesen, den er vor einigen Tagen in einer „Wählerversammlung“ zu Remscheid gehalten hat. Herr von Eynern schloß seinen Vortrag mit folgenden Bemerkungen: „Wir erfreuen uns eines gesunden Rechtsweges, einer unparteiischen Verwaltung, wir erfreuen uns einer freisinnigen Verfassung, die jeden einzelnen Bürger zur Theilnahme an den Geschäften des Landes beruft; wir erfreuen uns nach den großen Erfolgen 1870/71 einer gesicherten Armeearganzion und dadurch eines festen und sicheren Schutzes nach außen; wir können auf allen Gebieten eine außerordentliche Regsamkeit des Deutschen Reiches finden. Wir machen große Fortschritte, an welche andere Nationen noch nicht zu denken wagen wegen der Schwierigkeit der dort obwaltenden Verhältnisse. Wir haben Fragen aufgegriffen, die zu den allerschwersten gehören, aber unter der Führung des Fürsten Bismarck ihre gute Lösung gefunden haben und finden werden, ich meine die Verhöhnung der großen sozialen Eigenart in unserem Lande, und ich meine, wenn wir bestrebt sind, unter welchen Existenzbedingungen wir in unserem Vaterlande gegenüber allen anderen Ländern leben, so können wir mit Ulrich v. Hutten sagen: „Es ist eine Lust zu leben“, und ich kann Sie versichern, es ist eine Lust, an den hohen Aufgaben des Staats mitarbeiten zu können.“ — Herr v. Eynern hat noch Einiges anzuführen vergessen, was wir der Vollständigkeit halber hinzufügen wollen. Wir erfreuen uns außer diesen schönen Verhältnissen noch: Des Ausnahmegesetzes, großer Fortschritte in Bezug auf reaktionäre Bestrebungen, immer härterer Belastung der Klassen durch die Bölle auf die allernothwendigsten Lebensmittel, der Zunahme der Frauen- und Kinderarbeit, der immer größer werdenden Arbeitslosigkeit und Verarmung der Volksmassen. — Ja, es ist eine Lust zu leben — für Leute vom Schlage des Herrn v. Eynern.

Zur Reform des deutschen Strafprozesses schreibt der Reichsgerichtsrath Mittelstädt über die Behauptung, daß ein stärkeres Richterkollegium eine bessere Garantie für das Urtheil biete, in den „Breussischen Jahrbüchern“ folgendes: „Je stärker das Kollegium an Zahl der Richter zusammengesetzt ist, desto schwächer das Verantwortlichkeitsgefühl des Einzelnen. Die Individualitäten werden immer weniger nach ihrem inneren Werth gewogen und immer energischer von der Kopfzahl getödtet. Schon die äußere Möglichkeit gründlicher Verständigung durch gewissenhafte Durchnachung und wirklich gemeinsame Berathung unter allen Mitgliedern schwindet, je mehr ihrer sind. Das große Wort in der Debatte führen hier, wie anderwärts, nicht mehr Diejenigen, die das Beste und Klügste

nehmen, so bleibt uns nur eine einzige andere Vermuthung, und das ist: ein Druck von außen.“

„Aber wer wäre im Stande gewesen, den auszuüben? Wer in aller Welt hätte außerdem ein Interesse dabei gehabt?“

Der kleine Oberlieutenant machte ein sehr ernstes Gesicht, stand auf, ging zur Thür, um zu sehen, ob Niemand draußen horche, kam dann zurück und sagte mit unterdrückter Stimme: „Ich glaube, daß sich Hauptmann von Dürbed in Folge eines amerikanischen Duells das Leben genommen hat.“

„Glauben Sie?“ hauchte Hans mehr als er die Worte sprach. „Und haben Sie einen Verdacht, mit wem?“

„Graf Rauten“, sagte Klingensbruch eben so leise, aber vollkommen entschieden und bestimmt, und Hans fuhr mit einem kaum unterdrückten Angstschrei empor.

„Und woher vermuthen Sie so Furchtvolles?“

„Das will ich Ihnen mit einfach klaren Worten sagen“, erwiderte der Oberlieutenant und erzählte nun dem jungen Solberg die Scene von vorgestern Abend im Kaffeehaus, wie Dürbed's furchtbare, wenn auch für den Abend vollkommen unterdrückte Aufregung; am nächsten Morgen aber fand er die beiden zusammen im Kaffeehaus bei einer Flasche Champagner, die sie zusammen ausgespielt — Rauten fast übermüthig lustig und die Flasche bezahrend, Dürbed zerstreut, bleich, still, mit dem vollen Glase vor sich, das er auch nicht ausgetrunken. Geschäfte vor-schüßend, verließ er denn auch bald das Lokal, während Rauten ihm noch nachrief: „Es bleibt bei unserer Berathung!“

Hans stand dem kleinen Manne, den Blick hier auf ihn geheftet, als ob er ihm jedes Wort von den Lippen saugen wolle, regungslos gegenüber. — „Ausgespielt!“ flüsterte er endlich, aber kaum hörbar. „Sagten Sie nicht so, Klingensbruch? Ausgespielt — mit Rauten, nicht wahr?“

„Nein“, erwiderte der Oberlieutenant ruhig, „mit Würfel — das Reconnardchen drüben hat es mir selber gesagt.“

Hans sagte sich langsam mit beiden Händen in sein

Feuilleton.

Im Eckfenster.

Roman von Friedrich Gerstäcker.
(Fortsetzung.)

„H, seh'n Sie 'mal an, Herr von Solberg!“ sagte Apotheker Semmlin, indem er jetzt um den ersten Korpensack bog und dem jungen Manne begegnete, der die Stufen hinaufsprang, als ob er eben erst gekommen wäre. „Sie wollen wohl zum Herrn Oberstleutnant?“

„Allerdings, lieber Herr Semmlin — wie geht es Ihnen?“

„Oh, danke, meinswegen so leidlich — aber wollen Sie von mir einen guten Rath annehmen?“

„Man soll nie einen guten Rath zurückweisen, denn leider wird er nur sehr selten geboten.“

„Na gut — wenn Sie also hineinkommen, dann geh'n Sie meinswegen den Damen ein bißchen aus dem Wege, denn ich habe sie eben erst ein wenig auf den Trab gebracht.“

„Auf den Trab, Herr Semmlin?“

„Na, ich denke — mein' ich; wegen einer kleinen Differenz, versteh'n Sie. Außerdem“, setzte er dann mit halb unterdrückter Stimme hinzu, „soll die Frau natürlich meinswegen der Deibel holen — meine Frau natürlich ausgenommen —, denn sie haben es faustbild hinter den Ohren!“

„Alle, mein lieber Herr Semmlin?“

„Ich glaube, alle“, bestätigte der kleine Mann, ohne besonders lange mit der Antwort zu zögern; „aber ich will Sie nicht aufhalten — Schwerebrett, ich habe mich geärgert und werde einen von meinen Magenbittern nehmen — nehmen Sie einen mit?“

„Nein, ich danke herzlich“, lachte Hans, „ich bin zwar kein Freund von Branntwein, obgleich ich Abends ein Glas Grog keineswegs verschmähe.“

„Na, dann leben Sie meinswegen wohl“, sagte Herr Semmlin und stieg in seine Apotheke hinunter, während

Hans im nächsten Augenblicke schon die Klingel an Klingensbruch's Thür zog. Die Hanna öffnete.

„Herr Oberstleutnant zu Hause?“

„Ja wohl, in seinem Zimmer — er hat schon gesagt, daß Sie kommen würden — geh'n Sie nur gleich hinein.“

Klingensbruch öffnete schon die Thür. „Ah, lieber Solberg, ich freue mich aufrichtig, Sie zu sehen! Bitte, treten Sie näher — Sie haben das furchtbare Unglück schon gehört?“

„Alles, lieber Klingensbruch“, sagte Hans, indem er ihm fest die Hand drückte — „ich war auch schon dort.“

„Haben Sie den Brief erhalten?“

„Schaller hat ihn an Rauten gegeben, und ich habe den Grafen nicht getroffen.“

„An Rauten?“ rief Klingensbruch rasch. „Wie kam er dazu? Er hat fest versprochen, den Brief Ihnen sofort selber zu bringen!“

„Sie hören aber, daß er die Kommission einem Andern übertragen hat. Armer Dürbed, daß er so enden mußte!“

„Ja, ja“, sagte Klingensbruch, aber doch nicht ganz bei der Sache, denn seine Gedanken wanderten augenheilig nach anderer Richtung hin, lehrten aber doch bald wieder in die alte Bahn zurück. „Und haben Sie keine Vermuthung?“ fragte er nach einer kleinen Pause, „was den armen Mann zu dem Schritt getrieben haben kann?“

„Keine.“

„Ueberlegen Sie es sich einmal“, fuhr Klingensbruch fort — „in der Stadt erzählt man sich allerdings, daß ihn die Verbindung mit Fräulein Blensheim gereut habe — Klatsch — wir Beide wissen das besser, denn sein ganzes Herz drängte gerade dieser Verbindung entgegen. Außerdem besaß Dürbed ausreichendes Vermögen, um selbst den Dienst quittieren zu können, wenn er die geringste Neigung dazu spürte, und ich weiß auch, daß das seine Absicht war. Einen gesunden Körper hatte er außerdem; ich weiß mich nicht zu erinnern, ihn je krank oder selbst nur unwohl gesehen zu haben — also was in aller Welt hätte ihn sonst zu einem so verweifelten Schritte treiben können? Seine innere Neigung sicher nicht. Wenn wir das aber nicht an-

zu sagen haben, sondern die irritablen, kampfbereiten, rebelustigen Leute mit guten Künften, die stillen, vorliebenden Naturen sitzen gelassen bei Seite und sehen es gebuldet mit an, wie unter dem Vorzeichen der Mehrheitsstimmen sich fixieren, ehe sie auch nur den Mund haben aufhaken können. Die Versuchung zur Unachtsamkeit und Gleichgültigkeit ergreift unter der Menge der Botaniker selbst die Gewissenhaftesten. Stichtischeide werden abgegeben oft genug nicht von Denjenigen, welche das Für und Wider am sorgfältigsten ponderirt haben, sondern von Denjenigen, welche zu den unachtsamsten, unselbstständigsten, indifferentesten Köpfen gehören. Kurz, noch dem nun einmal unvermeidlichen Maße menschlicher Schwächen und Irrthümer wächst, ebenso unvermeidlich mit der Zahl der Richter der Spielraum für das Eingreifen des Zufalls, für die Mitwirkung zuwärtiger, unsichtlicher Motive auf Kosten der idealen Voraussetzungen der Gerechtigkeit. — Diese Worte sind keineswegs sehr schmeichelhaft für die Richter, sie lassen tief blicken, es geht aus ihnen aber nicht hervor, daß ein auf weniger Köpfen bestehendes Kollegium bessere Garantien bieten wird. Der Herr Verfasser giebt zu, daß nicht alle Richter gleich aufmerksam sind, daß ein eminenter Unterschied diesbezüglich vorhanden ist. Wie dann aber, wenn das Kollegium verkleinert würde, könnte es dann nicht um so eher vorkommen, daß nur die kampfbereiten, rebelustigsten und indifferentesten Richter zufällig zusammen amtierten? Sicher giebt also eine größere Anzahl Richter eine größere Garantie für das Urtheil, denn es läßt sich doch annehmen, daß dann wenigstens einer von den Besten und Klügsten vertreten ist.

Gutsbesitzer und Gemeinde. In amtlichen Kreisblättern finden wir den „Norddeutschen Wirtschaftsfreund“ beigelegt, der „einen interessanten Rechtsfall“ bringt, den er der „Bauernzeitung“ entnommen hat. Der Bericht ist von Carow in der Provinz Sachsen aus datirt und lautet: „Zwischen unserer Gemeinde und dem hiesigen Rittergutsbesitzer Graf v. Wartenleben ist ein Streit entstanden, welcher wohl einzig in seiner Art dastehen dürfte. Unsere Dorffstrassen sind von Altes her mit Bäumen bepflanzt, und ist diese Bepflanzung von jeher von der Gemeinde ausgeführt worden, welcher auch die Unterhaltung der Dorffstrassen obliegt. Im Jahre 1882 beschloß die Gemeinde, mehrere alte Bäume, welche den Verkehr hinderten und gefahrdrohend waren, zu beseitigen. Der Rittergutsbesitzer erklärte, die Gemeinde hätte dazu kein Recht, denn als Gutsbesitzer von Carow stände ihm das Strafen- und Auenrecht zu, welches darin bestünde, sämmtlichen Nutzen von den Dorffstrassen zu ziehen. Die Gemeinde beabsichtigte die Geltendmachung solcher Vorrechte weiter nicht, denn sie war der festen Ueberzeugung, daß solche Feudal-Verhältnisse in unserem deutschen Vaterlande nicht mehr zu Recht beständen. Die Gemeinde wurde daher vom Rittergutsbesitzer verklagt auf Anerkennung des Auenrechts. Das Erkenntnis des Landgerichts zu Sternberg ging dahin, daß dem Kläger das Strafen- und Auenrecht zustände. Die Beklagte legte Berufung beim Oblandesgericht zu Naumburg ein, welches am 13. Mai d. J. folgendes Erkenntnis abgab: Die Kosten erster Instanz haben beide Theile gleichmäßig zu tragen. Obgleich der Senat bei früheren Verhandlungen sich dahin äußerte, daß solche Rechte mit der neuen Gesetzgebung nicht vereinbar wären, so wurde schließlich doch erkannt, daß dem Grafen von Wartenleben als Gutsbesitzer das Auenrecht zustände und in Folge dessen ihm sämmtliche Bäume auf den Dorffstrassen gehörten. Jedenfalls wird die Gemeinde Berufung beim Reichsgericht einlegen.“ Hierzu bemerkt nun die „Bauernzeitung“ sehr treffend: „Vorstehender Fall beweist uns aufs Neue, wie sehr der Bauernstand sich noch unter dem Drucke dieses bevorrechteten Standes befindet und wie sehr diese Herren nach der guten alten Zeit zurückstreben. Es wird endlich Zeit, daß die Bauern sich zusammenscharen, um solche Uebelstände zu beseitigen.“ — Darauf ergossen konservative politische Zeitungen ihren ganzen Groll auf die „Bauernzeitung“, trotzdem dieselbe auch eine konservative Ader hat. Aber diese Angriffe kannte der „Norddeutsche Wirtschaftsfreund“ schon vorher, der die „Agrarier“ studirt zu haben scheint, und deshalb die Darlegung vorstehenden Rechtsfalles mit folgenden Worten einleitet: „Bei allen Versuchen, die bäuerlichen Grundbesitzer für agrarische Bestrebungen einzufangen, wird von den Agrariern das Vorhandensein besonderer Vorrechte der Herren Grundbesitzer sehr geltend gemacht und doch leidet ein Blick auf unsere kommunalen Verhältnisse jeden Einsichtigen, daß die Entschädigung der Dorfgemeinden in der unvernünftigsten Weise durch längst veraltete Sonderrechte der benachbarten Rittergutsbesitzer gehemmt und erdrückt wird. Die Ueberlastung der Gemeinden läßt vorzugsweise daher, daß die „Herren“ die Kosten aller Einrichtungen den Gemeinden überlassen und sich mit den Nutzen drängen. Man sollte denken, daß in unserem vielgelobten Reichthum solche vererbte Vertheilung von Rechten und Pflichten unbillig wäre, leider beweisen aber die Thatfachen das Gegentheil: Die Ge-

richte erkennen, „obwohl solche Vorrechte mit der neuen Gesetzgebung nicht vereinbar wären“, dieselben doch als zu Recht bestehend an!“ — So ist es recht! Die Zeit wird immer näher heranrücken, wo die kleinen Bauern ihre „Kollegen“, die Großgrundbesitzer zu würdigen wissen. Es ist der pure Schwindel, wenn die Agrarier den kleinen Bauern sagen, auch sie hätten Nutzen von den Kornzöllen u. s. w. Auch das wird der Bauernstand bald merken. Uebrigens ist es schade, daß solche Fälle, wie die oben mitgetheilten, nicht öfter vorkommen, denn das ist unbestritten, daß dieser feudale Graf von Wartenleben ein ganz vorzüglicher Agitator für Freiheit- und Rechtsideen ist — wenn auch wider Willen.

Ueber die Frage der Verlängerung des Septennats läßt sich ein offizieller Berichtestatter folgendermaßen aus: „Zum ersten Male in der stillen, parlamentarischen Zeit ist voriae Woche das Militär-Septennat und seine Verlängerung im Jahre 1888 zum Gegenstande von Erörterungen gemacht worden. Die Angabe, daß dem Reichstage schon 1886 die Vorlage über die Verlängerung zugehen werde, hat sofort Widerspruch gefunden, und zwar mit dem bestimmten Beifügen, daß erst im Jahre 1887 die Angelegenheit vor dem Reichstage zur Berathung gelangen werde. An diese letztere Mittheilung sind überraschender Weise politische Folgerungen geknüpft worden, indem man auf ein Interesse einzelner Fraktionen an dem vermeintlichen Aufschub hinwies. Daran hat man jedoch bei den betreffenden Beschläüssen nicht zu denken; verschiedene rein sachliche Gründe sprechen eben dafür, daß man erst 1887 über diese Frage beschließen wird. Zunächst wäre es mindestens unpraktisch, sich schon zwei Jahre zuvor damit zu beschäftigen, da doch in der Zwischenzeit noch manche Dinge eintreten können, welche neue Vorschläge nothwendig machen. Sodann wird man vor allem die Resultate der im Dezember 1885 stattgefundenen Volksabstimmung im Deutschen Reiche abwarten, ehe man definitive Vorschläge aufstellt. Eine zuverlässige Uebersicht über diese Volksabstimmung dürfte aber nicht so rasch gewonnen werden, um schon für die Reichstagsession 1886 darauf Entwürfe begründen zu können. Aus diesen rein sachlichen Gründen ist die Berathung über die Verlängerung des Septennats im nächsten Jahre noch nicht zu erwarten.“

Aus dem Königreich Sachsen wird der „Volkszeitung“ geschrieben: „In den beiden größten Städten unseres Königreichs, Dresden und Leipzig, tritt in der letzten Zeit die sozialdemokratische Bewegung wieder in höherem Maße an die Öffentlichkeit. Man geht wohl nicht fehl, wenn man diese Erscheinung mit den im kommenden Herbst stattfindenden Landtagswahlen in Verbindung bringt. So ist auch kürzlich in Leipzig und Umgebung ein Flugblatt vertheilt worden, welches in der Hauptplache zur letzten Reichstagsession behandelt, aber doch auf die kommenden Landtagswahlen hindeutet. Daß die Sozialdemokraten vor einigen Wochen eine Landesversammlung in irgend einem Walde abgehalten haben und zwar zum Zwecke der Landtagswahlen, ist schon in verschiedenen Blättern erwähnt worden. Den Ort, wo die Versammlung stattfand, und auch das Nähere, was verhandelt worden ist, hat man indes nicht erfahren können. Allgemein aber wird behauptet, daß der Abgeordnete Puttrich, Rechtsanwalt in Leipzig, nicht wieder kandidiren und daß an seiner Stelle der Reichstagsabgeordnete Stolle aufgestellt werden würde. Puttrich ist übrigens der Sozialdemokratie selbst nicht überdrüssig gewesen, sondern seine unheilbare Heiserkeit, die ihm das Sprechen nicht erlaubt, und ein neues Uebel, eine an Erblichkeit streifende Augenkrankheit, sind lediglich die Ursachen, daß der allgemein geachtete Mann kein Mandat wieder annimmt. Auch das Mandat des Abgeordneten Krich ist im Herbst. Wo derselbe kandidirt, ist noch nicht bestimmt, da ihm von verschiedenen Kreisen das Mandat angetragen worden ist. Im Allgemeinen aber glaubt man, daß die Sozialdemokratie in diesem Jahre größere Anstrengungen machen wird bei den Landtagswahlen, wie früher; es kommen aus den verschiedensten Orten Berichte über stattgefundene Agitationen zu solchem Zwecke. Besonders rührt sich auch der Dresden-Neuhäuser Kreis, der das vorige Mal fast schon einen Sozialdemokraten durchgebracht hätte. Die Mandate der sozialdemokratischen Abgeordneten Bebel und v. Pöllmar erlöschen erst in zwei, resp. vier Jahren.“

Oesterreich Ungarn. Ueber die Veranlassung zu den Ruhestörungen in Brunn liegen bis jetzt nur sehr dürftige Mittheilungen vor, welche außerdem auch noch sehr partiell gehalten sind. Die Fabrikanten der Brünner Wollindustrie wollten außer der einständigen Mittagspause je eine Viertelstunde Frühstücks- und Vesperpause einführen und demgemäß bis 6 1/2 Uhr Abends arbeiten lassen, während die Arbeiter erklärten, daß sie die zweimalige viertelstündliche Pause nicht wollten und demgemäß schon um 6 Uhr Abends die Arbeit abbrachen. Als die Fabrikherren die Forderung der Arbeiter ablehnten, weil, wie sie meinten, die Arbeiter, wenn auch offiziell keine viertelstündigen Pausen einträten, doch zur Frühstücks- und Vesperzeit seien zu den, legten die Arbeiter in einer Anzahl von Fabriken die Arbeit nieder und schickten eine Deputation an den Bürgermeister, als den

Vorkommenden der Gewerbebehörde erster Instanz. Der Bürgermeister scheint sich im Sinne der Fabrikanten entschieden zu haben, was dann den Krawall zur Folge hatte.

Frankreich.

In der Deputirtenkammer wird noch immer über die Konstitutionsvorlage debattirt. Angefichts der bevorstehenden Wahlen geben sich die Abgeordneten große Mühe, ihre weitesten Verlangen den Wählern in einem angenehmen Lichte erscheinen zu lassen. Es sind also im gewissen Sinne bereits Wahlen, welche je nach der Parteistellung des Abgeordneten gehalten werden. Während die Einen die Einführung der absoluten Gleichheit aller vor dem Veresgesetz fordern, wollen die Anderen die Rückkehr zu dem alten Wechselsystem und sie werden nicht ermangeln, ihre Bemühungen in den vorstehenden Wahlen geltend zu machen. Interessant war die Debatte über den Art. 18, der die Hölle auffährt, in denen die jungen Leute der Militärdienst entzogen werden sollen. Nachdem ein Amendement des Bischofs Freppel zu Gunsten der Höligen der geistlichen Seminarien verworfen worden war, machte der Abg. Rodat einen zweiten, ebenfalls erfolglosen Versuch in diesem Sinne, indem er nicht das Interesse der Kirche und der Gläubigen, sondern des Staates betonte, dessen Dienst der Pfarrer seien. Nicht besser erging es dem Bischof Freppel mit einem Amendement zu Gunsten der Volksschulen, die durch einen dreijährigen Aufenthalt in der Kaiserin nicht zu gewinnen hätten; sein Amendement wurde mit 351 gegen 91 Stimmen verworfen und Art. 18 endlich angenommen. Am Schluß der Sitzung wies Lozon auf den Britzerlust hin, den die wichtige Debatte nach sich ziehe, und drang auf die baldige Eröffnung der Beratungen über das Budget für 1888.

Italien.

Die Merikalen, welche gegenwärtig überall Rundzügen veranstalten, finden damit bei der Bevölkerung keine Sonntage. In Salerno, der Stadt, in welcher Gregor VII. am 25. Mai 1085 starb, wurde zur Feier des 800. Todestages jenes Papstes die Kaiserliche eine Demonstration in Szene gesetzt, was jedoch zur Folge hatte, daß von der dortigen antikirchlichen Jugend eine Begeandemonstration erfolgte. — Bei einer am Donnerstag zu Genua abgehaltenen Frohnleichnamsschau kam es ebenfalls zu Reibungen, über welche der Parteibeauftragte berichtet: „Der Zug bewegte sich ruhig in der Kirche von San Lorenzo vorwärts bis der Baldachin, unter dem der Erzbischof das Allerheiligste trug, bei dem Hauptportale angekommen war. Dann stieg ein Haufen junger Leute im Zuge scharf die Stufen hinauf und drang mit Steinen und Säulen in die Kirche ein, wobei drei Herren, die sich dem Baldachin zunächst befanden, verwundet wurden. Es entspann sich ein Handgemenge, das eine Zeit lang dauerte, bis das Einschreiten der Polizei demselben ein Ende machte. Man nahm einige Verhaftungen vor. Die drei Verwundeten begaben sich nach dem Barmatone-Spital, um ihre Wunden verbinden zu lassen.“

Rußland.

Daß der Nihilismus im Verborgenen weiter gedeiht und in dem intelligenten Theile der russischen Bevölkerung eifrige und namentlich auch technisch geschulte Förderer findet, wird von Zeit zu Zeit immer wieder schlagend illustriert. So wird neuerdings über einen Fund berichtet, welcher bei einer Hausdurchsuchung des in Charkow verhafteten Nihilisten Lebedinski gemacht wurde, welcher einen Polzeioffizier durch einen Revolveranschlag niederstreckte. In dem Ofen befanden sich Sprengstoffrate, die die Sicherheitsbehörde nicht zu berühren wagte. Die Regierung beordnete eine Spezialkommission mit der Prüfung des Fundes. Das Geschloß erwies sich als eines der wirksamsten; in die Höhlung eines großen Baumes gelegt und mit Hilfe einer elektrischen Leitung entzündet, explodirte es unter einem schrecklichen Knall; der Baum wurde total zerstört und die Holzstücke wurden bis auf 400 Schritt umhergeworfen. Der verhaftete Besitzer dieses mörderischen Sprengapparats weigert jede Auskunft über Herkunft und Zweck des letzteren. Daß er Verbindungen besitzt, steht außer allem Zweifel. — Ueber die Eisenbahn, unweit Balta, sind Agrarumulte aufgebrochen. Die Bauern theilten unter sich angeblich die Wohnungen der Grundbesitzer. Zwei Kompanien Infanterie wurden zur Wiederherstellung der Ordnung requirirt. Die Exzesse leisteten Widerstand. Der Gouverneur von Balta ist bereits im Dorfe eingetroffen.

Ägypten.

Ein Brief vom Mahdi, der als echt bezeichnet wird, ist in Dongola eingetroffen. In diesem Schreiben lehnt er es ab, die christlichen Gefangenen, die zum Islam übergetreten und nicht Willens sind, ihn zu verlassen, auszuliefern, und er ermahnt die Engländer, Mohammedaner zu werden und sich ihm anzuschließen. Andernfalls werde er sie vernichten. In Dongola ist auch ein von 99 Gefangenen des Mahdi's, zumest Christen, Kopten und Sinesen, unterzeichnetes Schreiben eingetroffen, worin sie erklären, daß sie nicht gewillt sind, den Mahdi zu verlassen, da sie nicht länger Christen seien. Unter den Unterzeichneten dieses Briefes erscheinen die Namen von Laputa, ...

braunes lockiges Haar, die Augen quollen ihm fast aus ihren Höhlen, aber der Schmerz übermannte ihn — es war zu viel, und sich auf das kleine, harte Sopha werfend, barg er das Antlitz in den Händen und schluchzte laut wie ein Kind.

„Solberg!“ rief der Oberlieutenant, von dem lauten Schmerz des Mannes nicht allein erschüttert, sondern auch fast erschrocken, „was haben Sie denn nur um Gottes willen, was ist Ihnen? Rühigen Sie sich doch!“

Hans hörte ihn nicht, aber der Schmerz war zu heftig aufgetreten, um lange anzuhalten. Er sprang empor, und sich die Augen trocknend, sagte er mit heiserer Stimme: „Seien Sie mir nicht böse, Klingenbruch — es giebt Momente im Leben, wo wir nicht mehr Herr unserer Gefühle sind. Wir mögen an uns halten, so viel wir wollen, der Strom bricht heraus über alle Dämme.“

„Rein lieber Solberg.“
„Lass' Sie es gut sein, es ist vorüber und wird nicht wiederkehren. Nicht die Thränen reuen mich, die ich dem Freunde gemeint — er hat sie reichlich und in vollem Maße verdient. Aber jetzt ist keine Zeit mehr zu unmaßlichen Klagen, denn Ihre Worte haben einen fürchtbaren Verdacht in mir erweckt, der, wenn er sich bestätigt, ein fast unheilbares Verbrechen umfaßt.“

„Aber was meinen Sie? Amerikanische Duellen sind leider schon öfter bei uns vorgekommen — ich weiß selber zwei Beispiele — und sie werden nicht für unehrenhaft gehalten.“

„Rein, ich weiß es,“ sagte Hans; „aber lassen Sie mich jetzt machen. Ich muß die nötigen Schritte erst mit mir selber überlegen.“

„Das ist aber noch nicht Alles, lieber Solberg,“ sagte der Oberlieutenant, als sich Hans zum Gehen anschickte. „Die Ursache, weshalb ich Sie heute Morgen so früh aufsuchte, hat einen noch weit wichtigeren Grund.“

„Noch wichtiger?“ sagte Hans kopfschüttelnd.
„Aberdings, denn sie betrifft auf das Genaueste das zukünftige Glück oder Uebel ihrer Schwester.“

„Ja!“ rief Hans hoch aufstrebend — „Rauten...“
„Hören Sie,“ sagte der kleine Mann, indem er in seine Brusttasche griff und einen Brief herausnahm. „Vor einiger Zeit schrieb ich auf Veranlassung unseres geschiedenen Freundes Dürbeck, der dem Grafen schon länger mißtraut zu haben schien, an einen Freund in Galizien, um Näheres über Rauten's Lebensverhältnisse zu hören. Die Antwort kam nicht; heute Morgen, als ich von Dürbeck's Lüge zurückkehrte, fand ich diese Zeilen vor — lesen Sie.“

Hans nahm fast mechanisch den Brief. Er war kurz und lautete:

„Rein lieber Klingenbruch! Du hast mich auf eine schöne wilde Heide ausgesandt, und wenn Du es nicht gerade gewesen wärst, so hätte ich mich wohl gehütet, mich so in Trab zu setzen. Ich habe in zwei Jahren nicht so viel geschrieben als wegen Deiner verzweifeltten Anfrage. So höre denn das Resultat: Einen Grafen Leopold von Rauten giebt es nicht. Es gab einen, den ältesten Sohn des jüdischen Bankiers, der ist aber vor zwei Jahren auf dem Gaiße hier an der Schwindsucht gestorben. Graf Rauten hat hier ein sehr großes und ein kleineres Gut, ein sogenanntes Bormerl, das ein Verwalter bewirtschaftet; sein Administrator ist nicht krank gewesen. Von Rauten's giebt es außer dieser Familie nur noch einen alten, pensionirten Oberst, der aber in nicht brillanten Verhältnissen als alter Junggeselle im Norden lebt. Hat sich bei Euch Jemand für einen Grafen Rauten aus dieser Gegend ausgesprochen, so ist es wahrscheinlich ein Schwindler, der etwas dadurch erlangen will; deshalb hütet Euch.“

„Uns geht es allen wohl — Alle grüßen Dich.“
Hans sprang über die nächsten Zeilen hin und suchte die Unterschrift

„Curt von Dacha u, Oberst a. D.“

„Und woher ist dieser Brief?“ fragte Hans fast tonlos.

„Aus dem nämlichen Orte,“ erwiderte Klingenbruch, „den Rauten als nächste Postanstalt zu seinen Gütern angegeben hatte.“

„Aber ist dorthin nicht schon früher geschrieben?“

„Ja, aber durch Herrn von Schaller, und nicht direkt.“

„Durch Herrn von Schaller,“ wiederholte endlich Hans die Worte, aber so, als ob er sie in einem Traume gesprochen hätte — „doch es ist fast undenkbar, es könnte eigentlich gar nicht sein, wenn man nicht verrückt werden und anfangen wollte, an einem wirklichen Teufel zu glauben.“

„Und was gedenken Sie jetzt zu thun?“

„Klingenbruch,“ sagte Hans und saßte sich an den Stuhl, „wenn Sie mich jetzt fragten, was macht der Kaiser von China in diesem Augenblick, so könnte ich Ihnen eben so leicht Antwort darauf geben. — Ich muß meine Sinne erst wieder sammeln, ich muß auch erst nach Hause und mir in einer Sache Gewißheit holen; nachher will ich mich meinem Vater, oder meiner Schwester, oder vielleicht auch mit dem Rotar da drüben sprechen. Der Kopf wirbelt mir ein wenig, ich kann jetzt nicht mehr denken — es ist mir, als ob meine Kopfnerven in einzelne Bündel zerfallen wären und in einem engen Raume gepackt wären.“

„Das Beste wäre wohl,“ sagte der Oberlieutenant, „wenn Sie jetzt gleich mit Ihrem Vater sprächen, dann käme die Sache ohne Weiteres zur Entscheidung.“

„Ja, aber der Bursche wäre auch zugleich gewarnt,“ fiel Hans ein; „nein, das geht nicht. Erst will ich lieber Klingenbruch — ich muß zuerst wieder an die frische Luft, damit der Alp von mir genommen wird, der auf mich lastet.“

„Und Sie sagen mir Antwort?“

„Gewiß, gewiß — ich danke Ihnen zu viel, als daß ich jetzt ohne Sie zu einer Entscheidung schreiben möchte.“

„Aber um Gottes willen keinen neuen Kampf!“ rief der kleine Mann — „es ist Blut genug geflossen.“

„Sorgen Sie sich nicht,“ entgegnete kalt lächelnd der junge Mann. „Entweder Rauten ist unschuldig, und dann verläuft die Sache im Sande, oder er ist ein so entschuldigter Schwärzer, daß ich nicht daran denken könnte, mich ihm entgegen zu stellen.“

Er drückte dem kleinen Manne die Hand und ging.

Motig Feinberg, der mit 20 000 Rubeln aus Penja in Rußland durchgegangen ist. Auf die Ergründung des ersten hat die Ober-Prokuratur in Erfurt eine Belohnung von 750 R., auf die des anderen sind 1000 R. und der achte Theil des vorgefundenen Geldes ausgesetzt.

Ein Rosenlieb ist am Montag Nachmittag auf dem Georgen Kirchhof (Landsberger Allee) in der Person eines Kellners festgenommen worden. Derselbe war, wie die „N. Pr. Zig.“ mittheilt, dem Kirchhofsportler schon seit einigen Tagen als häufiger Besucher des Kirchhofes aufgefallen. Beim Verlassen desselben am Montag hielt man ihn fest und brachte ihn in das Inspektionsbureau, wo aus den Taschen seines Sommerüberziehers ungefähr 50 der schönsten Rosen hervorgeholt wurden. Das vor dem Bureau sich ansammelnde zahlreiche Publikum war über diesen Dieb nicht wenig aufgeregt, und als man ihn nach dem Polizeirevier in der Friedenstraße zur Feststellung seiner Personalien führte, bagelten (so berichten diese Blätter) verschiedene Pflücker und Stiche auf den frechen Kirchhofdieb, wozu man unserer Ansicht nach, entschieden kein Recht hatte. Wenn der Mann gestohlen hat, soll man ihn den Behörden überliefern, wer einen Menschen schlägt, vergeht sich selbst gegen das Strafgesetzbuch.

Polizei-Bericht. Am 17. d. M. Vormittags wurde eine Frau in ihrer Wohnung in der Linienstraße erhängt vorgefunden. — Am Nachmittage desselben Tages fiel die unverheiratete Melchert, Mariannenstraße Nr. 21 in Dienst, in Folge Fehltretens von der Treppe und erlitt dabei einen Knöchelbruch des rechten Fußes. Sie wurde nach Bethanien gebracht. — Um dieselbe Zeit gerieth ein die Verbindungsstraße passirender, mit Heu beladener Wagen dadurch in Brand, daß ein 13 Jahre alter Knabe in leichtfertiger Weise einen hervorsteckenden Halm anzündete. Die Ladung brannte fast ganz nieder und mußte durch die Feuerwehr gelöscht werden. — Einige Stunden später wurde eine unbekannte, etwa 30—36 Jahre alte anscheinend geblidete Frau auf dem Rollentmarkt wegen plötzlichen Unwohlseins vom Kondukteur aus dem Omnibus nach dem Flur des Hauses Rollentmarkt Nr. 3 gebracht, wo sie jedoch schon wenige Minuten darauf, anscheinend in Folge eines Schlaganfalls, verstarb. Die Leiche wurde nach dem Obduktionshause geschafft. — Am Abend desselben Tages wurde auf dem Spreeweg im Thiergarten plötzlich das Pferd einer Drochse scheu und ging durch. Am Schloß Bellevue wurde der Wagen gegen einen Laternenpfahl geschleudert, wobei der Fahrgast mit dem Kopfe in die Glasscheiben des vorderen Wagenfensters fiel und bedeutende Verletzungen im Gesicht erlitt.

Gerichts-Zeitung.

Reichsgerichtsentcheidung. Die Bestimmung des § 257 Abs. 2 der Strafprozeßordnung: „Dem Angeklagten gebührt das letzte Wort“ — fordert nach einem Urtheil des Reichsgerichts, III. Straß., vom 23. März 1885, daß nicht die Staatsanwaltschaft, sondern daß der Angeklagte die Schlussrede zu führen habe, dagegen räumt diese Bestimmung nicht dem Angeklagten das letzte Wort gegenüber seinem Verteidiger ein, so daß stets der Angeklagte persönlich das letzte Wort haben mußte. Hat demnach zuletzt der Angeklagte und sodann der Verteidiger gesprochen, so braucht das Gericht nicht nochmals den Angeklagten zu befragen, ob er selbst noch etwas zu seiner Verteidigung anzuführen habe. Der § 257 der Str.-Pr.-Ord. verlangt nicht, daß wenn wie hier, der Angeklagte einen Verteidiger hat, notwendig zuerst der Verteidiger und dann erst der Angeklagte sprechen müsse, daß mit anderen Worten der Angeklagte nicht bloß gegenüber der Staatsanwaltschaft, sondern auch gegenüber seinem eigenen Verteidiger das letzte Wort gehabt haben müsse. Zwar heißt es im Gesetz Absatz 3 des Paragraphen, daß der Angeklagte auch dann, wenn ein Verteidiger für ihn gesprochen hat, befragt werden muß, ob er selbst noch etwas zu seiner Verteidigung anzuführen habe. Der Sinn dieser Vorschrift geht aber dahin, der Umstand, daß ein Verteidiger gesprochen hat, dürfe die Verteidigung des Angeklagten für sich allein nicht als abgeschloffen erscheinen lassen, da der Angeklagte den Vortrag seines Verteidigers zu ergänzen haben kann; der Sinn der Vorschrift geht ferner dahin, daß dem Angeklagten zu einer solchen Ergänzung nicht bloß das selbstverständliche Recht zustehe, sondern daß er auf die Geltendmachung dieses Rechts durch ausdrückliche Anfrage seitens des Gerichts aufmerksam gemacht werden müsse. Wenn aber ohne solche Anfrage der Angeklagte schon aus eigenem Entschlusse zu seiner Verteidigung das Wort genommen hat, würde die Anfrage, ob er dies thun wolle, keine Bedeutung haben, und zwar auch dann nicht, wenn der Angeklagte das Wort, wie nach dem Vorstehenden hier anzunehmen, nicht erst nach seinem Verteidiger, sondern vor demselben genommen hat; er hat dann seinerseits, wie vorausgesetzt werden muß, nicht nur Kenntniß von seinem Recht auf eigene Ausführung seiner Verteidigung gehabt, sondern er hat dieses Recht auch thatsächlich geltend gemacht, und obgleich er zweifellos auch in solchem Fall befragt wäre, den auf seinen Vortrag erfolgten Vortrag des Verteidigers zu ergänzen und sich hierzu das Wort zu erbitten, so bleibt doch die den Abs. des § 257 erfüllende Thatsache bestehen, daß nicht bloß der Verteidiger, sondern auch der Angeklagte selbst Gelegenheit zur Wahrnehmung seiner Interessen gehabt hat. Das Wesentliche der Vorschrift des Abs. 3 besteht darin, daß der Angeklagte neben dem Verteidiger zum Wort kommen, nicht darin, daß dies unbedingt erst nach dem Verteidiger geschehe; dies zeigen die Worte „auch wenn ein Verteidiger gesprochen hat“, und der Nachdruck der auf dem Worte selbst „ob er selbst noch“ ruht.

Soziales und Arbeiterbewegung.

Der Streik in der Hartung'schen Stahl- und Eisen gießerei, Brenzlauer Allee Nr. 41, ist nun definitiv beschloffen, da alle Versuche, auf gültigem Wege die Differenzen auszugleichen, schlagelassen sind. Kollegen! Unsere Forderungen sind gerecht, da eine Lohnhöhung von 25 pSt. jedenfalls nicht zu viel ist. Wir bitten alle Kollegen, im Interesse unserer Sache uns treu zur Seite zu stehen und den Bezug von Berlin, besonders von der genannten Fabrik, fern zu halten, denn unser Sieg ist euer Sieg! Etwasige Behendungen sind an Herrn Behrend, Reimoldendorferstr. 60, zu adressiren. Die Kommission. J. A. S. Schulz, Ruheplatzstr. 25.

Gegen eine gute Lebensstellung der Arbeiter richtet sich geradezu Alles, was da treucht und flucht. Jetzt beweist wieder die „Schlesische Zeitung“, daß die Erhöhung der Getreidepreise das Vaterland deshalb schädigt, wenigstens auf die Dauer schädigt, weil ein Volk reich werden nur durch seinen Handel und seine Exportindustrie. Eine Exportindustrie aber könne nur blühen bei relativ billigen Arbeitslöhnen, also bei einer relativ billigen Lebenshaltung der unteren Volksklassen. Deshalb dürfe das Getreide im Preise nicht steigen, damit der Arbeitslohn nicht in die Höhe gehe. Das Bündniß der industriellen Schutzzöllner und der Agrarier werde daher kaum von längerer Dauer sein. — Uns interessiert bei dieser Auseinandersetzung hauptsächlich die Bemerkung, daß ein Volk nur reich werden könne, wenn es den unteren Volksklassen machen nun doch zum mindesten drei Viertheile des ganzen Volkes aus. So entsteht die wunderbare Phrase: soll es dem „Volke“ gut gehen, so muß es dem „Volke“ schlecht gehen. Nicht man aber den Schleiher von dieser Phrase, so debagirt das so angefehene Blatt, die „Schlesische Zeitung“,

einfach: „Wenn es einem kleinen Theile des Volkes gut gehen soll, so muß es dem großen Theile desselben schlecht gehen — dies ist göttliche und weltliche Ordnung.“ — Dasselbe Blatt erwärmt sich bekanntlich auch für den Import der russischen Arbeiter, welche den nationalen Arbeitern die Preise drücken, schließlich aus den eben angegebenen Gründen. Wir aber bleiben bei unserem Grundsatze: Soll es einem Volke gut gehen, soll es reich werden, so ist die Pflege aller seiner Glieder notwendig, so muß sich der materielle und geistige Segen möglichst gleichmäßig auf die Bevölkerung ergießen. Und da die „Schlesische Zeitung“ ein Blatt ist, welches sich viel mit Landwirtschaft beschäftigt, so wollen wir demselben dies durch ein landwirtschaftliches Beispiel klar machen. Man nehme einen gut durchgearbeiteten Acker an, auf dem der Dünger ganz ungleich vertheilt ist. Auf den mageren Stellen verstreut der Halm und wenige Körner werden geerntet und auf den allzu fetten Stellen schneien die Halme die geil und lang empor und das Unkraut wuchert dazwischen. Die Aehren aber sind taub und hohl. Wie gefällt der „Schlesischen Zeitung“ dieses Bild, ist es nicht ein Spiegelbild der heutigen wirtschaftlichen Zustände? Vertheilt man aber in fleißiger Arbeit den Dünger so gleichmäßig, wie möglich, so sprießen kräftig und körnertragend die Halme auf, und wenn auch die einzelnen Halme nicht völlig gleich kräftig und gleich schwer tragend sind, so weilt doch das Auge mit Vergnügen auf dem wogenden, reich gesegneten Weizenader. Wie gefällt der „Schlesischen Zeitung“ dieses Bild? Und gefällt es sehr wohl, möge dasselbe bald ein treues Spiegelbild der menschlichen Gesellschaft werden.

Gegen die deutsche Spielwaarenindustrie hat sich augencheinlich ein Schlag des französischen Ministeriums gerichtet, welcher den Zoll für 100 Kilogramm auf alle Spielwaaren auf 60 Mark festsetzt. Hierüber klagt ein Mitarbeiter des „französischen Courier“, da Nürnberg durch die Maßregeln ganz besonders getroffen wird. Nicht allein die Spinnerer, so heißt es, sondern auch Schnitzerei, Pappwaaren, Gummibälle u. nehmen die Franzosen in den weit begreifenden Ausdruck Wimmelotterie und lassen sich 60 Frs. bezahlen, wo der Zoll für 7, resp. 16 Frs. verzeichnet. Ja, sie gehen so weit, ein ordinäres Pappbandtäschchen, das 15 R. im Gros kostet, mit 100 Frs. zu verzollen, weil sich eine Niederblech-Verzierung daran befindet, indem Arbeiter diesen hohen Zoll kosten. Das gleiche Loos trifft ordinäre Trompeten und Säbel aus Niederblech. Die Franzosen legen den Tarif aus, wie sie es für gut finden; die Arbeiter aus Blech, Holz, Metall u. c. existiren nicht mehr, weil sie weniger als Spielwaaren bezahlen; dagegen giebt ihnen das kleinste Stück Niederblech die Berechtigung, das Ganze als Niederarbeit anzusehen. — Der Verfasser des Artikels in deutsch-französischen „Fränk. Cour.“ wendet sich nun in seiner Noth an die deutsche Reichsregierung um Abhilfe. Gegen diese Auffassung aber erklärt sich ein Mandatiermann in dem „Leipziger Tageblatt“ (volkswirtschaftl. Theil, „liberale Seele“ des Blattes) folgendermaßen: „Ob die deutsche Regierung berechtigt ist, Vorstellungen gegen diese Tarification zu erheben, ist mehr als zweifelhaft, da wir bekanntlich mit Frankreich keinen Tarifvertrag, sondern einen Meistbegünstigungsvertrag besitzen und außer Deutschland keine andere Macht Interesse an dem Zoll auf Spielwaaren hat, also auch keine in ihrem Tarifvertrage besondere Abmachungen über denselben Gegenstand getroffen hat. Die deutsche Regierung hat bereits einem Nürnberger Kaufmann auf eine Beschwerde über denselben Gegenstand eröffnet, daß sich die Sache zur diplomatischen Behandlung nicht eigne, und konnte auch kaum eine andere Antwort geben, da der deutsche Bundesrath selbst mehr als einmal die bisher übliche oder sogar vorgeschriebene Tarification plötzlich geändert hat, ohne auf die Interessen der beteiligten Industriezweige immer Rücksicht zu nehmen, ganz zu schweigen von den Zollkuriositäten, die eine eigenthümliche Nebenlinie mit dem französischen Verfahren betrifft der „Niederarbeiten“ hatten. So lange unsere Wirtschaftspolitik dahin zielt, nach Möglichkeit jeden fremden Import zu verhindern, wird man sich über ähnliche Maßregeln in des Auslandes füglich nicht beschweren können, wenn auch immer mehr deutsche Industrien darunter zu leiden haben.“

Eine erwähnenswerthe Einrichtung wird seitens der sächsischen Staatseisenbahnverwaltung vom 1. Juli d. J. ab ins Leben gerufen werden. Es sollen nämlich von diesem Tage ab zwischen Dresden und den von zahlreichen Arbeitern bewohnten Ortsteilen Blauen und Postkappel am Morgen und Abend Arbeiterzüge eingelegt werden. Der Abgang erfolgt in Dresden vom Kohlenbahnhof aus, der in der Mitte des Fabrikviertels, also für die Arbeiterwelt äußerst günstig gelegen ist. Die Züge führen nur 4. Klasse, und werden für dieselben neben den gewöhnlichen Billets 4. Klasse auch Dugendbillets und Abonnementbillets für einen vollen Monat zu ganz bedeutend ermäßigten Preisen abgegeben. Da das Unternehmen aber nur dann ein lohnendes sein kann, wenn die Arbeiter von dieser Vergünstigung recht regen Gebrauch machen, so wird diese Einrichtung zunächst nur versuchsweise ins Leben gerufen werden.

Vereine und Versammlungen.

hls. Die größte und imposanteste Massenversammlung der Berliner Maurer seit der mächtigen Streikbewegung von 1871 dürfte unstreitig die öffentliche Maurer-Versammlung gebildet haben, welche am Mittwoch, den 17. d. M., Abends, in den dicht gefüllten, über 5000 Personen fassenden Kollokatorien der „Philharmonie“, Bernburgerstraße 22, tagte, um nach kurzer, aber erfrischer Erwägung nahezu einstimmig zu beschließen, an Stelle der bisherigen partiellen Streiks die allgemeine Arbeitsniederlegung auf allen Bauten treten zu lassen und die Arbeit nicht eher wieder aufzunehmen, als bis die nunmehr erhobenen Forderungen von

- 1) einer Lohnhöhung der Maurer auf 50 Pf. für die Stunde, oder 5 R. für den zehnstündigen Arbeitstag, sowie
- 2) der Einsetzung einer aus Meistern und Gesellen je in gleicher Zahl zusammengesetzten Kommission, welche alljährlich für beide Theile bindend die Lohnverhältnisse regelt —

seitens der Arbeitgeber allgemein bewilligt sind. Ferner nahm, wie wir gleich hier hinzufügen, die Versammlung einstimmig einen Antrag an, monach sie „nach Ausbruch des allgemeinen Ausstandes es als Pflicht sämtlicher unverheirateten und solcher Gesellen, welche nicht unbedingt an Berlin gebunden sind, erklärt, die Stadt sofort zu verlassen und dieselbe zu meiden, bis der Ausstand beendet ist.“ Aus den ca. zweihundert Verhandlungen der in musterhafter Ruhe und parlamentarischer Ordnung verlaufenen Versammlung hebt hier hervor, daß der Vetter derselben, Herr Behrend, vor Eröffnung der Diskussion einen kurzen Streiksituationsbericht erstattete, welcher nur die schon in der letzten „Tonhallen“-Versammlung der streikenden Berliner Maurer am Montag, den 15. d. Mts., Nachmittags, zur Sprache gekommenen Thatsachen bestätigte, aus denen der Redner die folgenden, seine nunmehrige Ueberzeugung ausmachenden Schlussfolgerungen zog. Obgleich, so etwa führte er aus, die partiellen Arbeitsniederlegungen in erheblicher Ausdehnung eingetreten und — wenn auch schwach — noch immer in der Vermehrung begriffen seien, gleichwie andererseits auch die Zahl der die Stellenforderung (von 4 R. 50 Pf. täglichem Lohn) bewilligenden Arbeiter sich schon jetzt auf mehr 100 belaufen möge und noch stetig — freilich nur langsam — zu-

nehme, so werde doch ziemlich allgemein in den Kreisen der Gesellentreuen der Maurer statt die Möglichkeit beweist, daß es durch partielle Streiks noch gelingen werde, immer überdies von der Mehrzahl der Gesellen als unzureichend betrachteten Forderung die allgemeine Geltung als diesjähriges Minimallohn zu verschaffen. Immer mehr habe sich allgemein die Ueberzeugung aufgedrängt, daß nur durch eine allgemeine Arbeitsniederlegung der Berliner Maurer und verwandten Baugewerksarbeiter auf sämtlichen Bauten ein für Alle erspriechliches Resultat erzielt werden könne. Die Kommission unterbreite daher der Versammlung die nachstehenden Resolutionen und Anträge zur Erwägung und Beschließung. Der Wortlaut der Resolution und des von ihr in der Tonhallen-Versammlung am 14. d. Mts. eingebrachten und einstimmig angenommenen Antrages ist folgender: „Resolution: In Erwägung, daß durch die Steigerung der Mieths- und Lebensbedürfnispreise der bisher hier geübte Lohn der Maurer unzulänglich ist; in fernerer Erwägung, daß die heutige Geschäftsblage eine Erhöhung des Lohnes unumwandelbar erlaube, und endlich in Erwägung, daß die Herren Meister auf unsere wiederholten Ansuchen um Verhandlungen wegen einer Lohnverhöhung und seiner Antwort gewürdigt haben, auch keine genügende Lohnverhöhung eingetreten ist, stellen wir folgende Forderungen: 1. Wir verlangen die Erhöhung des Lohnes der Maurer auf 50 Pf. für die Stunde; 2. wir verlangen die Einsetzung einer aus Meistern und Gesellen je in gleicher Zahl zusammengesetzten Kommission, die alljährlich für beide Theile bindend die Lohnverhältnisse regelt. Bis uns diese Forderungen bewilligt, legen wir sämtlich die Arbeit nieder und wollen sie nicht eher wieder aufnehmen, als bis uns dieselben zugestanden sind.“ — Antrag: Nachdem nun der allgemeine Ausstand ausgedehnt ist, erklärt die Versammlung es als Pflicht sämtlicher unverheirateten und solcher Gesellen, welche nicht unbedingt an Berlin gebunden sind, die Stadt sofort zu verlassen und sie zu meiden, bis der Ausstand beendet ist.“ — In der lebhaften, durch große Sachlichkeit und parlamentarischen Zuschnitt sich auszeichnenden Diskussion vertheilte sich sämtliche Redner die Meinung, daß ein entscheidender Erfolg nur noch durch allgemeinen Ausstand auf allen Bauten zu erzielen sei. Ein zweiter, der Veranlassung vorliegenden Antrag des Herrn Schmidt: Die Generalversammlung möge beschließen, seinen Generalantrag auf Proklamierung zu Gunsten der übrigen Anträge u. zurückzuziehen. Die Abstimmung ergab das bereits erwähnte Resultat. Die Resolution wurde mit allen gegen 16 Stimmen, der Antrag auf Abreise der Unverheirateten und an Berlin nicht Gebundenen u. einstimmig angenommen. Besonders charakteristisch und imposant war auch der demoralisirende Schluß dieser Massenversammlung, welche reichlich 5000 Theilnehmern besucht war, während etwa 1000 nach verflügter Säkulation des Solals nicht mehr eingelassenen Maurer vor dem Versammlungsorte und in den angrenzenden Straßen sich aufhielten, ohne daß es auch nur zur kleinsten Aufregung gekommen wäre. Nach Beendigung der Verhandlungen forderte der Vorsitzende die Anwesenden mit berechtigtem Einverständnis, ihre gleichsam eidlich auf die Ehre der Berliner Maurer gelobten Beschlüsse nun auch mit unbegrenzter Konsequenz und Opferbereitschaft auszuführen und ohne Ausnahme kämpfend mit in Reich und Güt zu treten, damit man auch diesmal wieder wie früher mit Zug und Kraft sagen und singen könne:

„Es brauch ein Ruf wie Donnerhall —
Berliner Maurer streiken all!“

Und als er dann auf das gute Gelingen des Streiks ein so einfaches Hoch ausbrachte, da stamten in dröhnendem Chor die vielen Tausende der im Saale versammelten Männer die Arbeit jubelnd und begeistert mit ein. Daran reihte sich die Proklamierung des allgemeinen Streiks durch den Vorsitzenden, worauf die ganze Versammlung neuerdings wie ein Mann donnernde Hodeuse auf den Berliner Maurerstreik ausbrach. In musterhafter Ordnung verließen die Versammelten das Lokal die Versammlung der Vorsitzende nach Ankündigung schon am darauffolgenden Donnerstag Nachmittags bei Pöhlhagen stattfindenden Versammlung der Streikenden, kurz um 11 Uhr für geschlossen erklärte.

Im Arbeiter-Bezirksverein der Friedrichstadt sprach am Mittwoch, den 17. d. M., der Stadivordnete Zappan über: die Einsetzung eines gewerblichen Schiedsgerichtes in Berlin.“ Von den vier Vertretern der Arbeiterpartei in der Stadivordnetenversammlung, sowie dem der demokratischen Partei angehörigen Stadivordneten Schlegelitz sei der Antrag eingebracht worden, den Magistrat um eine Vorlage, die Einrichtung eines gewerblichen Schiedsgerichtes betreffend, zu ersuchen. Dieser Antrag sei auf keinen Widerstand gestoßen. Die Deputation, bestehend aus dem Stadivordneten und fünf Magistratsmitgliedern zur Erathung überwiesen worden. Alle vier Arbeiter-Stadivordneten gehören dieser Deputation an, doch würden erst nach dem 1. Juli beginnenden Ferien die Arbeiten der Deputation beginnen. Vom Arbeiter-Bezirksverein „Vorwärts“ sei eine Petition im Sinne des Antrages an den Magistrat gerichtet worden. Befügung des Entwurfes eines Ortstatuts, welches Magistrat verpflichtet worden und den Mitgliedern der Deputation zugewandt sei. Gewerbliche Schiedsgerichte befinden sich in Hamburg seit dem Jahre 1874, in Berlin seit 1876, außerdem in Leipzig, Dresden, Erfurt u. c. und sei nur zu bedauern, daß nicht überall die Zusammenfügung derselben sei. Auch für Berlin habe sich die Einrichtung eines gewerblichen Schiedsgerichtes als dringende Nothwendigkeit erwiesen. Das jetzt bestehende Gewerbegericht werde durch die Gewerbe-Deputation des Magistrates gebildet. Das Kollegium bestehe aus einem Magistrats-Präsidenten als Vorsitzenden und vereideten Magistratssekretären als Beisitzern. Dieser Zusammensetzung vermögen die Arbeiter kein großes Vertrauen entgegenzubringen und lautete demzufolge der Antrag, daß das zu errichtende Gewerbe-Schiedsgericht für Berlin gleichmäßig aus Arbeitgeber und Arbeitnehmer gebildet werden solle. Die Wahlen derselben würden die Arbeiter-Stadivordneten entschieden dafür zu treten, daß diese geheime wären, da bei offenen Wahlen die Arbeiter vermöge ihrer Abhängigkeit von den Arbeitgebern vielfachen Unannehmlichkeiten ausgesetzt sein würden. Sprach sich Referent zur Entschädigung der im Gewerbe-Schiedsgericht funktionirenden Arbeitgeber und Arbeitnehmer aus, da die hieraus erwachsenden Kosten bei viel über 50 Millionen betragenden Etat der Stadt Berlin durchaus nicht in Betracht kommen könnten. Überdies die Magistratsbeamten des jetzigen Gewerbegerichts auch befolgt würden. Ueber die Bildungsgang von Schiedsgerichten namentlich durch juristische Personen, ließ sich Referent seiner Meinung dahin Ausdruck, daß es nicht unmöglich sei, juristische Personen als Beisitzer, wohl aber gewöhnlich als solche zuzulassen. Durch den au. Antrag schloß die Arbeiter-Stadivordneten den Beweis geliefert, daß sie nicht einseitig, wie ihnen bei den letzten Kommunalwahlen vorgeworfen gemacht worden sei, die Interessen der Arbeiter wahrzunehmen, sondern in gleichem Maße die Interessen der gesamten Bevölkerung Berlins zu wahren gewillt seien. Den Arbeitern liege es nun, zu beklunden, ob sie mit der Errichtung eines Gewerbe-Schiedsgerichtes in dem angegebenen Sinne einverstanden wären. An den Vortrag knüpfte sich eine kurze Diskussion und theilte der Vorsitzende, Herr Pfeiffer, mit, daß demnächst vom Verein eine entsprechende Petition an den Magistrat gerichtet werden würde. — zuvor hatte der Vorsitzende Land einen Vortrag über: „Die Kunstgenüsse des Volkes“ gehalten, über welchen bereits an anderer Stelle berichtet worden ist und der auch hier das größte Interesse erwarb.

Der Kampf um den Besitz.

Schon seit längerer Zeit hat sich in Wien ein antisozialistischer Verein gebildet, der auch einen besonderen Verkaufsschub niedergelegt hat zur Herausgabe vollständig gebaltener Flugblätter und Broschüren. Die jüngste Broschüre des Vereins ist betitelt: „Der Kampf um den Besitz“ und hat den, wie liberale Blätter besonders hervorheben, antisozialistischen demokratischen Schriftsteller Dr. F. Schlegel zum Verfasser.

Diese kleine Broschüre ist übrigens von großem Interesse und wenn sie auch nicht wesentlich Neues enthält, so wird in derselben der Stoff doch äußerst geschickt verarbeitet. Dabei kommt der Verfasser aber zu Resultaten, bei denen seinen Auftragsgebern die Haare zu Berge gestanden haben mögen.

Der Verfasser will den Beweis führen, daß der Kampf um den Besitz kein bedeutendes soziales Merkmal der Neuzeit sei. Daß ihm dies gelingt, ist sicher. Als ob man noch niemals den Kampf um den Besitz eines Knackens gesehen hätte? Und doch sind die Hunde noch nicht einmal so entwickelt, wie die Menschen in der Uzeit. Das Bezeichnende an der Broschüre ist übrigens, daß der Verfasser obigen Beweis noch führen will. Wir glauben, daß derselbe gar nicht erst erbracht zu werden braucht, ebenso wenig als der, daß die Menschen geboren werden, sich entwickeln und sterben. Geben wir also kurz über den „Beweis“ hinweg. Der Verfasser nimmt als erstes Stadium den Kampf des Menschen mit der Natur an, der letzterer ihren Besitz einräumt. Dann sucht sich der Mensch in den Besitz seines Lebensmittels zu bringen — das ist die Zeit der Sklaverei. Darauf tritt die Fabrikarbeit ein; der eine Mensch sucht den Besitz der Arbeitskraft seines Mitmenschen zu erlangen und der andere, also nicht unmittelbar übertragbar mehr sein soll, sucht ein Mensch die Arbeitskraft so viel wie möglich auszunutzen.

So find wir denn in die moderne Gesellschaft gelangt, von welcher der Herr Verfasser nunmehr sagt, daß mit der Einführung des Grundeigentums in Folge der schrankenlosen Besitzungsfreiheit die Ungleichheit der Güterverteilung für die Grundeigentümer drückend geworden sei, da die Besitzer bei irgend welchen Katastrophen gezwungen würden, bei dem mobilien Kapital schwerer stehende Hilfe zu suchen.

Aber auch der Handwerkerstand sei von dem Großkapital und der Großindustrie in Abhängigkeit gerathen. So sei der Besitz nach und nach ein Werkzeug zur Beherrschung des Menschen durch den Menschen geworden und führe zur Unfreiheit.

Der Verfasser erörtert nun diese Taktik des Kampfes um den Besitz näher. Er bespricht vor Allem den Kampf, wie er in der Gegenwart geführt wird, nämlich das in die Augen springende Vorherrschen des Kampfes der Menschen unter einander. Es kämpfen, sagt er, die Besitzenden unter einander durch natürliche Besitz, Zentralisation und durch künstliche. Die natürliche, nämlich die Konsolidation des Grundeigentums und die Agglomeration des Kapitals, wird vollzogen, indem jeglicher Besitz sich stetig mit Hilfe des darin angelegten und darauf verwendeten Betriebskapitals durch neue, die Entstehungskosten an Werth übersteigende Güterzeugung zu vermehren sucht. Mit dieser Vermehrungs-Tendenz geht die Anziehung Hand in Hand, welche der Anlagebesitz stets die Betriebskapital ausübt; sie vermehren sich und die auf das Betriebskapital ausübt. Allein diese Folge davon ist eben die Besitz-Zentralisation. Allein diese natürliche Besitz-Zentralisation genügt dem Interesse der Besitzenden nicht und dem ungleichen Besitz wurden noch ungleiche Macht und ungleiches Recht zugesügt, ein System, welches den Großgrundbesitz auf Kosten des Kleingrundbesitzes, handelseerträge abschloß zum Nachteil des Kleingrundbesitzes, indirekte Steuererlässe erließ, damit die Steuerlast vom Großbesitz abgewälzt werde. Es ist ein Airtus, wonach das Recht der politischen Macht vom Recht des Besitzes und das Recht des Besitzes wiederum vom Recht der politischen Macht abhängt.

Es kämpfen ferner die Besitzenden gegen die Besitzlosen, vor Allem die Besitzlosen gegen die kleinen Unternehmer, um diese an der Aneignung der, wenn auch nur ausnahmsweise gelingenden, rudimentären Besitzbildungen zu hindern. Der Kampf

ist ein ungleicher; der Anbittler an der Beute geschieht so, daß die Besitzlosen sich mit dem Lohne begnügen müssen; es geschieht die Theilung nach der alten Kriegsregel; Dem Führer die Beute, dem Soldaten den Sold. Die Härten dieses Theilungsmodus werden nur unbedeutend dadurch gemildert, daß die Unternehmer ihren bestylofen Streitgenossen hier und da Antheile am Gewinn (Zanklöwen) gewähren; auch die humanen Gegenleistungen sind nur ein geringer Theil der von den Unternehmern ihren bestylofen Streitgenossen weggenommenen Arbeitsverdienste. Ihr Recht ist eine so unbedeutende Quote des Unternehmerrergewinnes, daß es als Ausgleichsmittel im sozialen Theilungsprozess nicht ernst genommen werden kann. Der Ertrag wird nach Auszahlung der bestylofen Streitgenossen folgender Art getheilt: Unter dem Namen des Zinses (Kapitalzins im weiteren Sinne) und zwar sowohl des Grund- und Bodenzins, wie des eigentlichen Kapitalzins, ferner unter dem Namen des Unternehmerlohnes, endlich unter dem Titel des Unternehmerrergewinnes bekommt der Löwenanteil der Besitzende. Dem Grundbesitz der wirtschaftlichen Berechtigung wird hierbei nicht entsprochen und eine Folge dieser Art des Kampfes und der Theilung ist das Schwanden des Mittelstandes. Der Grundbesitz erscheint einerseits in unabsehbaren Ladifundus konsolidiert, andererseits in Millionen Parzellen zerbrockelt; der mittlere Grundbesitz schwindet und anstatt zweiseitiger Lohnverträge finden wir nur einseitige, durch die politische Macht des Besitzes geheiligte Sagen. Auch durch Konventionen häuft sich der Besitz.

Wir sehen also, daß der Kampf der Gegenwart in seiner, und zwar nicht in antisozialistischer Weise, schildert. Daß er ferner die Rechtmäßigkeit, wenigstens die moralische Rechtmäßigkeit des gegenwärtigen Besitzes sehr stark angezweifelt und daß er die gegenwärtigen sozialen Zustände keineswegs als gute, wünschenswerthe hinstellt.

Deshalb leitet er den Leser auch aus den sozialen Kämpfen der Gegenwart hin in die sozialen Kämpfe der Zukunft, in welchen er das Vorherrschen des Kampfes der Menschen gegen die Natur hinstellt, dessen Taktik die wirtschaftliche Gerechtigkeit sei. Der Verfasser sieht eine Zeit kommen, wo man Strafen auf die wirtschaftliche Ausbeutung des Menschen durch den Menschen legen wird; solche wirtschaftliche Ausbeutung führe jetzt schon zu einem Streite der Sonderinteressen mit dem Staats- und Gemeininteresse. „Das Staatsinteresse werde aber zum Siege gelangen, indem die Besitzlosen sich an der staatlichen Rechtsbildung beteiligen werden.“

Das ist offenbar ein sozialistischer Gedanke, oder wenigstens die Ahnung eines solchen, wenn auch unklar und unpräzise ausgedrückt.

Der Verfasser meint dann zum Schluß, daß die notwendige Allianz der Besitzlosen mit dem Staate gegen die private Besitz-Zentralisation durch Förderung des Assoziationswesens wirken würde und zwar zu ökonomischen und zu Bildungszwecken. — Das heißt doch: zu allgemeinen gesellschaftlichen Zwecken. —

Wenn der antisozialistische Verein in Wien mit derartigen Broschüren einverstanden ist, so ist das gewiß kein Unglück. Obgleich wir den Autor weder in Beziehung auf Inhalt noch Form durchaus loben können, müssen wir doch anerkennen, daß seine Arbeit geeignet ist, bei der großen denkwürdigen Waffe der „Gedanken“ wenigstens das stumpfsinnige Vorurtheil gegen ein eingehendes, undesangenes Erwägen des sozialen Problems zu zerstreuen. Möge nur mehr dergleichen kommen.

Politische Uebersicht.

Zur Dampfersubvention. Von zuverlässiger Seite wird der „Damp. Börseh.“ aus Berlin geschrieben: „Wie Ihnen bereits gemeldet, soll dem Norddeutschen Lloyd die Ausfuhrung beider Linien nach Ostasien und Australien übertragen werden, ebenso ist Ihnen bekannt, daß Vissingsen als der (im Besey vorgesehene) holländisch-belgische Auslaufhafen auszuwählen ist und ebenso, daß der von Vertretern des Norddeutschen Lloyd ausgesprochene Wunsch, Southampton anlaufen zu dürfen, seitens der Regierung abgelehnt worden. Wenn aber daneben auch gemeldet war, daß die zwischen Vertretern der Regierung und des Norddeutschen Lloyd noch fortwährend stattfindenden Besprechungen, sich nur auf nebensächliche Einzelheiten bezögen, deren Ordnung keine Schwierig-

Der Mann setzte hinzu: „Die Meisterin und der Kleine kommen aus der Messe. Sie gehen Tag für Tag in die Kirche seit der Sohn sich getödtet hat. Ach, Herr, das ist ein Jammer. Der Vater trägt noch die Kleider des Toten, man kann sie ihm nicht nehmen. Dia! Hü! zieh, Braune!“

Der Wagen setzte sich in Bewegung. Ich wollte gern noch mehr erfahren und bat den Fuhrmann, mich aufsteigen zu lassen. Und oben, mitten im Heu, hörte ich die herzzerreißende Geschichte.

Er hieß Jan. Er war ein prächtiger Bauernsohn von zwanzig Jahren, züchtig wie eine Jungfrau, zuverlässig, ein offenes, sonniges Gesicht. Weil er ein schöner Bursche war, schauten alle Mädchen ihm nach; er aber hatte nur eine im Sinn, eine kleine Arbeiterin, ganz in Sammet und Spitzen gekleidet, der er einmal im Amphitheater von Arles begegnet war. Im Hof sah man anfangs diese Neigung nicht gern. Das Mädchen galt für eine Klette, und ihre Eltern waren nicht aus der Segend. Aber Jan wollte seine Arbeiterin um jeden Preis. Er sagte: „Wenn man sie mir nicht giebt, dann sterbe ich.“ So mußte man wohl ja sagen. Die Hochzeit sollte nach der Ernte stattfinden.

Eines Sonntags Abends aber, die Familie sah im Hofe und hatte eben die Mahlzeit beendet, es war fast ein Hochzeitsmahl — die Braut war nicht dabei, aber man hatte in einem fort auf ihr Wohl angestochen — da tritt ein Mann ins Thor und mit fast bedauerlicher Stimme verlangt er, Meister Effe, aber ihn ganz allein zu sprechen. Effe steht auf und geht mit ihm hinaus auf die Straße.

„Meister“, sagt der Mann, „Ihr wollt euren Sohn an eine Schelmin verheirathen, die zwei Jahre lang meine Geliebte gewesen ist. Was ich da sage, beweise ich: Hier sind ihre Briefe! Die Eltern wissen alles und hatten sie mir verprochen; seitdem aber euer Sohn sich um sie bemüht, wollen weder sie noch die Schöne etwas von mir wissen. Und doch hatte ich gemeint, sie könne nach dem Borgesessenen nicht mehr die Frau eines andern sein.“

„Es ist gut!“ sagte Meister Effe, nachdem er die Briefe gesehen. „Kommt herein zu einem Glas Rus-

teilen böte, so hat sich dies seitdem als ein Verstum herausgestellt. Die seit Eröffnung der Offerten zwischen Vertretern der Regierung und des Norddeutschen Lloyd stattgefundenen Verhandlungen haben einen Charakter angenommen, welcher sich keineswegs auf Einzelbestimmungen beschränkt. In denjenigen Kreisen, welche sämtliche eingegangenen Offerten kennen, geht die Ansicht übereinstimmend dahin, daß in Bezug auf die östliche Linie die hamburische Offerte die entschieden vortheilhaftere gewesen sei. Wenn trotzdem aus allgemeinen Gründen dem Norddeutschen Lloyd der Vorzug gegeben werden sollte, so richteten sich die späteren Verhandlungen mit dem Lloyd dahin, denselben zu solchen Abänderungen seiner ursprünglichen Offerte zu veranlassen, daß letztere dadurch dem hamburischen Angebote näher gebracht würde, oder, mit anderen Worten ausgedrückt, es ist dem Norddeutschen Lloyd gestattet worden, nachträglich seine Offerte wesentlich zu ändern, um sie so annehmbarer zu gestalten.“

Dem bekannten Dr. Sigl, Redakteur des „Beilschen Unterland“, welcher seit dem 4. November vorigen Jahres im Hellengefängnis zu Nürnberg eine gegen ihn durch Urtheil des Schwurgerichts vom 8. Juli 1884 erlassene neunmonatliche Freiheitsstrafe verbüßt, ist der Rest der Strafe im Gnadenwege erlassen worden.

Oesterreich-Ungarn.

Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß verschiedene Blätter sich bemühen, den in Brunn stattgehabten Krawall recht sensationell aufzubauschen und als Agitation gegen die gesetzliche Arbeitszeit zu verwerthen. Es stellt sich indessen immer mehr heraus, daß derselbe lediglich deshalb entstand, weil die Arbeiter sich überwohlgefühlt glaubten. Inwiefern dieses richtig ist, wird sich bald herausstellen. Bis jetzt streiken die Arbeiter noch, sie verlangen 10-stündige Arbeitszeit; die bis jetzt gepflogenen Unterhandlungen haben zu keinem Resultat geführt, da die Fabrikanten die 10-stündige Arbeitszeit nicht akzeptiren wollen.

Schweden und Norwegen.

In Schweden ist ein neues Gesetz gegen die Trunksucht angenommen worden. Es beschränkt den Großhandel mit Branntwein auf Beträge von 250 Liter aufwärts, den Kleinhandel auf Beträge über ein Liter. Weder in Wäden noch in Schonen darf ungeraunigter Schnaps (Fusel) oder solcher, der mehr als 48 pCt. Alkohol enthält, abgesetzt werden. Der Kleinhandel mit Schnaps wird auf die Zeit von 8 Uhr Morgens bis 9 Uhr Abends, an Tagen vor Sonn- und Festtagen bis 7 Uhr Abends beschränkt. Die Schenken sollen nicht vor 7 Uhr früh und nicht später als 10 Uhr Abends in den Städten, 8 Uhr Abends auf dem Lande geöffnet sein. Sonntags und Festtags darf Branntwein nicht anders ausgegeben werden als zur Noth, je ein Glaschen die Person. Wo Truppen lagern oder zusammengezogen sind, ist Schnapskhan untersagt.

Großbritannien.

Das neue Kabinet ist nunmehr gebildet und wie folgt zusammengesetzt: Salisbury Premierminister und Außenminister, Sir Hardinge Giffard, Lordkanzler, Sir Stafford Northcote, welcher in die Kabinetliste erhoben wird, Lordpräsident des Geheimen Raths, Sir Michael Hicks-Beach, Schatzkanzler und Führer der Konservativen im Unterhaus, Sir Richard Cross, Inneres, Oberst Stanley, Kolonien, Smith, Krieg, Lord George Hamilton, erster Lord der Admiralität, Randolph Churchill, Indien, Graf Carnarvon, Bischof von Irland, Lord John Manners, Generalpostmeister. Es fehlen nur noch Ernennungen für die unwichtigeren Posten.

Ägypten.

In Suez ist es zu erheblichen Unruhen gekommen, über welche der „Vol. Kor.“ folgendes berichtet wird: „Unser sonst so friedfertiges Städtchen befindet sich in größter Aufregung. Englische Patrouillen durchstreifen Tag und Nacht die Gassen, und von Kairo wurde telegraphische Polizeiverstärkung requirirt. In einer der zahlreichen Kaffeehäuser, welche seit der Okkupation aufgetaucht sind, hatte ein junger eifersüchtiger Grieche ein bedienstetes Mädchen geschlagen. Es entstand in Folge dessen zwischen den anwesenden Gästen eine blutige Kauerel mit Messern und Pistolen, wobei der junge Grieche von dem Eigentümer des Etablissementes niedergeschossen wurde. Die Nachricht von der Ermordung eines Griechen verbreitete

Der Mann erwiderte: „Biel Dank! ich habe heute mehr Kummer als Durst.“ Und er geht fort.

Der Vater tritt wieder, als wäre nichts vorgefallen, in den Hof, nimmt wieder seinen Platz am Tische ein und das Mahl endet fröhlich wie es bezonnen.

Am späten Abend aber ging Meister Effe mit seinem Sohn hinaus in die Felder. Sie blieben lange draußen. Als sie wieder heim kamen, hörte die Mutter sie noch reden. „Frau“, sagte der Vater, als er seinen Sohn zu ihr führte, „küsse ihn, er ist unglücklich!“

Jan sprach nicht mehr von der Arbeiterin. Und doch liebte er sie noch immer, ja, mehr als je, seitdem man sie ihm in den Armen eines andern gezeigt. Er war bloß zu stolz, um etwas zu sagen, und das kostete ihm das Leben, dem armen Jungen. Manchmal verbrachte er ganze Tage in einem Winkel, ohne sich zu regen. An andern Tagen ging er mit Eifer an die Feldarbeit und verrichtete mehr als zwei Acker. Begann es zu dunkeln, so machte er sich auf den Weg nach Arles und ging in einem fort, bis er die Thürme der Stadt im Abendroth erglänzen sah. Dann lehnte er um. Weiter ging er nie.

Die Leute vom Hofe, die ihn immer so traurig und einsam sahen, wußten sich zuletzt keinen Rath. Man befürchtete ein Unglück. Einmal sagte die Mutter, als sie ihn so betrachtete, mit Thränen in den Augen zu ihm: „Höre, Jan, wenn du sie dennoch willst, so wollen wir sie dir geben.“

Der Vater erdöthete vor Scham und ließ den Kopf sinken.

Jan winkte verneinend und ging aus der Stube. Von jenem Tage an war er ein anderer Mensch. Er nahm nunmehr ein heiteres Wesen an, seinen Eltern zu Liebe. Man sah ihn wieder im Birthinghaus, beim Tanz, bei allen Festen. Auf der Kirchweih von Fonville fuhrte er die Farandole an.

Der Vater sagte: „Er ist geheilt!“ Der Mutter aber war es immer noch bange um ihn und sie behielt ihn mehr als je im Auge. Jan schlief mit dem Kleinen in der Nähe des Bodens. Die arme Alte ließ sich ein Bett neben der Kammer ihrer Kinder aufschlagen.

sch blykneil durch die Stadt und sämmtliche Handleute des Ervordeten eilen herbei, um Rache zu nehmen. Der Mörder flüchtete über die Dächer der Nachbarhäuser, wurde jedoch während verfolgt. Mittlerweile erschienen der Gouverneur, der griechische Konsul und die gesammte Polizeimacht an Ort und Stelle. Dieselben verlangten nun im Namen des Gesetzes die Entfernung des Thores jenes Hauses, in welchem, wie die öffentliche Volksmenge wusste, der Mörder verborgen war. Raum war das Thor geöffnet, als die wüthende Menge in das Haus eindrang, den Thäter herbeischleppte und angefaßt der Behörden denselben mit Säcken und Messern so lange bearbeitete, bis er, mit zahlreichen Wunden bedeckt, todt am Platze blieb. Die Wuthschreie klangen sodann in das Kaffeehaus zurück und vollendeten das Werk der Bestrafung. Da die Menge Miere machte, andere Kaffeehäuser zu plündern, verlangte der Gouverneur vom englischen Konsul militärische Hilfe, welche bereitwillig gewährt wurde. Einwärts sind alle Läden geschlossen und ist jeder Verkehr eingestellt."

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

Sitzung vom 18. Juni.

Der Stadtverordneten-Vorsteher Herr Dr. Strohmann eröffnet die Sitzung um 5^{1/4} Uhr mit geschäftlichen Mittheilungen. Die Abtheilungen haben die Wahl von 10 Mitgliedern für die gemischte Deputation zur Vorbereitung der Wahl eines Mitgliedes für den Bezirks-Ausschuß Berlin vollzogen.

Nach Beendigung verschiedener Naturalisationsgesuche und einer Vorlage, welche die Aufnahme einer Anzahl Personen in das Nikolai-Bürger-Spital betrifft, hat Herr Stadtver. Dr. Ruten für den Ausschuß für Rechnungssachen Bericht ab und beantragt die Decharge einer Reihe von Rechnungen, welche auch die Versammlung ausspricht. Debatte los angenommen wird ferner eine Anzahl Anträge des Ausschusses, welche den Magistrat auffordern, für Abänderung gewisser Unregelmäßigkeiten und Ungenauigkeiten, die zu Ausschreibungen Anlass gegeben haben, Sorge zu tragen und die einige Wünsche für die Art und Weise der Rechnungslegung und Rechnungsführung entsprechen.

Ebenfalls debattelos ertheilt die Versammlung nach Berichtserstattung seitens des Stadtver. Singer 17 verschiedenen Rechnungsvorlagen die Decharge und nimmt sodann Kenntniß von dem Resultate des durch die Aufstellung von Wassermetern in den hiesigen Bedürfnisanstalten ermittelten Wasserverbrauches.

Einen Ausschuß von 10 Mitgliedern wird die Vorlage betreffend die Erwerbung des von dem Grundstück Hegmannstraße 6/7 und Georgenstraße 80 zur Straßenerweiterung freigelegten Terrains überwiesen, welcher in der nächsten Sitzung Bericht erstatten soll.

Die Einrichtung eines neuen städtischen Kohlenplatzes auf dem Hölziger Badhof wird nach dem Antrage des Magistrats genehmigt.

Es folgt die Beratung der Vorlage betreffend den Anschluß eines Theiles von Charlottenburg an die Kanalisation von Berlin.

Ein Antrag des Stadtver. Eimprich, die Angelegenheit zu verlegen und nach den Feiten wieder vorzunehmen, wird abgelehnt.

Zu eine Generaldiskussion wird nicht eingetreten, sondern der Antrag des Stadtver. Samm angenommen, die Sache einem Ausschuß von 15 Mitgliedern zur Vorbereitung zu überweisen, welcher von den Abtheilungen am nächsten Donnerstag abzuhandeln wird.

Ohne Debatte genehmigt werden die Vorlagen des Magistrats betreffend die Einziehung der Kirchensteuer und betreffend die Statut für die Altkinder-Erziehung.

Nur Kenntniß gelangt die Vorlage betreffend die Freistellen und Schulgeldbefreiungen an den höheren Lehranstalten.

Stadtver. Direktor Dr. Schwalbe knüpft einige erläuternde Bemerkungen an, welche eine Erwiderung des Stadtschulraths Dr. Fürstenau veranlassen.

Hiermit ist die Angelegenheit erledigt. Der Magistrat ersucht, das Projekt zum Neubau einer höheren Bürgerschule auf dem Grundstück Alexandrinenstr. 5, 6 und 11 zu genehmigen. Von verschiedenen Rednern werden Ausstellungen an der Bauplan gemacht.

Eine Reihe Rechnungsvorlagen wird erledigt und die bei der Spallasse im Jahre 1884 vorgekommenen Etatsübersichtungen gebilligt. Der Magistrat ersucht die Stadtverordnetenversammlung, zu genehmigen:

1) das ihr vorgelegte Projekt zum Neubau der Musikhalle Nr. 11 auf dem Grundstück Lindenstr. 97/98 und Friedrichstraße 18 sowie die dazu gehörigen Kostenanschläge über 980,850 M. und 186,580 M., 1,167,430 Mark, und stellt außer dem bereits bemittelten 600,000 M. noch fernerweit 567,430 Mark a conto der Anleihe pro 1882 zur Disposition; und

So kam das Fest des heiligen Iohannes, des Schutzpatrons der Hauswirthe.

Große Freude herrschte im Hofe. Der Château-neuf richte für jedermann und gewürzten Wein gab es in Hülle und Fülle. Dann Abends Bedarten, Raketen auf der Tenne, alle Bürgerhäuser voll venetianischer Laternen! Der heilige Iohannes soll leben! Bis zur Erschöpfung wurde die Parade getanzt. Der Kleine verbrannte sich die Bluse. Jan selber sah sichlich aus, er wollte sich mit seiner Mutter im Tanze drehen. Die arme Frau weinte Freudenthränen.

Um Mitternacht ging man zu Bett. Alle Welt war müde und schlafbedürftig. Jan aber schlief nicht. Der Kleine erzählte nachher, er habe die ganze Nacht durch geschluchzt. Ah, den armen Jungen hatte es unheilbar gepackt.

In der Morgenfrühe hörte die Mutter, wie jemand hastig durch ihr Zimmer rannte. Es war ihr wie eine Ahnung: „Jan, bist du es?“ Jan antwortet nicht, er ist schon auf der Treppe. Die Mutter erbebt sich eilig von ihrem Lager. „Jan, wo gehst du hin?“ Er steigt auf den Dachboden, sie ihm nach. „Mein Kind, um des Himmels willen!“ Er verschließt die Thüre hinter sich und schiebt den Kiesel vor.

„Jan, mein lieber Jan, gib Antwort. Was hast du vor?“ Sie sucht tastend mit zitternder Hand die Klinke. Ein Fenster wird aufgerissen, der Niederprall eines Körpers auf die Steinfliesen des Hofes — und alles ist still.

Der arme Junge hatte sich gesagt: „Ich kann sie nicht verzeihen. Ich will sterben.“ O, was sind unsre Herzen elend und schwach! Es ist immerhin seltsam, daß die Betrachtung die Liebe nicht zu tödten vermag!

An jenem Morgen fragten die Leute im Dorfe, wer wohl so entsehrlich aufgeschrien, da unten nach dem Gute Eheue zu.

Die Mutter war es, die halbbedeckt im Hofe dort, vor dem steinernen Tisch, den furchtbaren Schrei gelan. Dort hielt sie, mit Blut und Morgenthau bedeckt, in ihren Armen den todtten Sohn.

2) das ihr vorgelegte Projekt zum Neubau eines Gebäudes für die Handwerker-Schule auf dem an der Lindenstraße gelegenen anderen Theil des Markthallengrundstücks Lindenstraße 97/98 und Friedrichstraße 18 nebst dem dazu gehörigen Kosten-Anschlage über 432,570 M. und stellt diesen Betrag, vorbehaltlich der Beschlußfassung über die definitive Verrechnung desselben, a conto der Anleihe von 1882 zur Disposition.

Stadtver. Dr. Schwalbe beantragt Ausschußberatung, weil eine so wichtige Vorlage zu prüfen in dem kurzen Zeitraum von 2 Tagen nicht möglich sei.

Die Stadtver. Talle und Salge sprechen sich gegen jede Verzögerung aus.

Der Magistratsantrag wird angenommen; Ausschußberatung abgelehnt.

Ebenfalls genehmigt wird die Vorlage, betr. die Projekte zum Neubau der Markthalle III und eines Jugenabgebäudes, sowie des Gebäudes für eine zweite Spallasse auf dem Grundstück Zimmerstr. 89/91 und Mauerstraße 82.

Bu der Vorlage, betreffend die Skizze zum Neubau des Polizei-Büro-Dienstgebäudes am Alexanderplatz, beantragt Stadtver. Richter zur Herstellung einer monumentalen Fassade ein Konkurrenzentscheidungsverfahren und begründet seinen Antrag mit der Meinung, daß diese Konkurrenz zur Ermunterung der jüngeren Künstlerwelt dienen sollte.

Stadtver. Singer: Ein Bedürfnis für eine monumentale Fassade ist in diesem Falle durchaus nicht vorhanden. Wir haben nur den gesetzlichen Verpflichtungen nachzukommen, ein Dienstgebäude für die Polizeibehörde herzustellen, aber nicht mehr. So war erlaubt, als Herr Richter beantragte, die Kosten, welche 6 Millionen betragen, noch zu erhöhen. Dieser Betrag ist so hoch, daß man eigentlich annehmen könnte, es gäbe Niemanden, der noch mehr fordern könnte. Wir sind genau den Wünschen der Behörde gefolgt und das ist genug. Wir haben gar keine Veranlassung aus anderen Gründen mehr für die Ausschmückung dieses Gebäudes zu thun. Ich ersuche, den Antrag Richter abzulehnen. Der Herr Stadtbaurath wird aus der Diskussion die Empfindung mitnehmen, daß er im Rahmen der Vorlage bleiben für die Ausschmückung alles thun wird, was er thun kann.

Der Antrag Richter wird abgelehnt und der Magistratsantrag mit dem Jugenabgebäude des Stadtverordn. Salge angenommen.

Es folgt die Vorlage betreffend die Skizze zum Neubau eines Asyls für nächtliche Obdachlose und für wohnungslose Familien, sowie einer Desinfektionsanstalt auf dem städtischen Grundstück an der Prenzlauer Allee.

Stadtver. Salge tadelt die Verzögerung, welche die ganze Angelegenheit seitens des Magistrats gefunden hat, hält aber trotzdem die Vorpriifung der Vorlage durch einen Ausschuß für nöthig.

Stadtbaurath Blankenstein weiß auf die Schwierigkeit hin, welche bei der Herstellung des Bau-Programms zu überwinden war. Das jetzt bestehende Asyl konnte nicht als Muster genommen werden, weil es gar kein Asyl zu nennen sei.

Stadtver. Singer: Ich ersuche, den Antrag auf Ausschußberatung abzulehnen. Mit dem Stadtver. Salge bin ich einverstanden, daß die Verzögerung durch den Magistrat sehr bedauerlich ist. Die Nothwendigkeit aber, so rasch wie möglich ein genügendes Asyl herzustellen, ist so groß, daß jede Verzögerung vermieden werden muß. Deshalb will ich die Einwendungen, welche ich gegen das Bauprogramm zu machen habe, gleich im Plenum zur Sprache bringen. Zunächst möchte ich konstatir zu hören, daß die Abänderung, welche die Subkommission in der Art vorgenommen, daß an Stelle der vorgeschlagenen Synagoge für die Asylanten Lazarett einrichtet werden sollen, sich der Zustimmung des Magistrats erfreut. Ferner finde ich die Anzahl der Badewannen (9 für Männer, 3 für Frauen) nicht genügend. Bei größerem Andrang sind mindestens 20 für Männer und 5 für Frauen erforderlich. Außerdem vermißt ich den Hinweis, daß in der Küche im Vorderhause auch die Herstellung der Abendsuppe für die Asylanten vorgenommen werden soll. Es ist kein Zweifel, daß, wenn wir beschließen haben, im alten Asyl Abendessen auszugeben, dieser Beschluß auch auf die neue Anstalt Anwendung findet. Das sind die Bedenken, welche ich vorzubringen habe. Noch hätte ich eine größere Ausdehnung der Kloseträume gewünscht; eine solche Maßregel könnte den Gesundheitszustand der Anstalt nur verbessern. Im Großen und Ganzen entspricht das Bau-Programm meinen Wünschen. Wenn der Vertreter des Magistrats auf meine Anregungen eine genügende Antwort giebt, siehe ich nicht an, auf Ausschußberatung zu verzichten.

Stadtbaurath Blankenstein: Für Herstellung von Lagerstellen wird gesorgt werden. Nach den bisherigen Ergebnissen ist die Zahl der Badewannen genügend. Sollte eine Vergrößerung der Einrichtungen notwendig werden, so wird sie sich herstellen lassen. Die Küche im Vorderhause ist

Berliner Theater.

Deutsches Theater.

Das Deutsche Theater hat sich schon wiederholt das Verdienst erworben, verborgene und halbvergessene Schätze der Vergessenheit zu entreißen. So auch diesmal mit der Aufführung von Hebbel's „Maria Magdalena“, das seit dem vor Jahren erfolgten Gastspiel der Wolter und Lewinsky's im Residenz-Theater nicht wieder aufgeführt worden ist. Es mag dies wohl zum Theil dem Umstande zuzuschreiben sein, daß bis zur Gründung des Deutschen Theaters den Berliner Bühnen für die Besetzung der beiden Hauptrollen nicht die geeigneten Vertreter zur Verfügung standen.

Die eigentliche Ursache dieser Vernachlässigung eines der großartigsten Werke der neueren dramatischen Dichtung liegt indess wohl tiefer. Das Drama hat mit seinem unerbittlichen Ernst und seiner düsteren Größe eine fast unheimliche Wirkung auf den Zuschauer aus. Es bannet uns unabwehrlich in seine Kreise, die sich eng und immer enger um uns zusammenziehen und aus denen es kein Entrinnen giebt.

Der Tischlermeister Anton lebt seit 30 Jahren in glücklicher Ehe. Seine Frau ist sanft und fromm. Sie hat ihre Kinder, Klara und Karl, zur Arbeit und Gottesfurcht erzogen und weiß, daß unter der rauhen Außenseite ihres Sattens sich ein edles, gutes, tapferes Herz birgt. Meister Anton ist ein eigenartiger Philosoph. Er hält nicht viel von den Menschen. Er hat viel Böses von ihnen erfahren und hat sich allmählig daran gewöhnt, sie hinzunehmen wie sie sind und sich ihre wegen keine Gedanken zu machen. Er hält es mit seinen beiden Augen: die denken auch nicht; sie betrachten nur. Aber über diesem steten Beobachten ist er ein unglücklicher, verbitterter Mann geworden, der sich fremd fühlt in der Welt, die er nicht versteht und die so ganz anders ist als er in seiner starren, engen, aber streng rechtlichen Denkungsart sie sich vorgestellt hat. An seinem eigenen Sohne muß er es erleben, daß der Junge aus der dumpfen Enge und Beschränktheit des häuslichen Lebens, in dem es nichts Anderes giebt als hoheln,

so groß projiziert, daß sie auch die Abendsuppe für die Waisen liefern wird. Die Kloseträume gemäßen.

Schließlich wird der Antrag des Stadtver. Gerth, zur Vorpriifung der Angelegenheit einen vom Vorstand gewählten Ausschuß von 15 Mitgliedern zu beauftragen, der bereits in der nächsten Sitzung Bericht zu erstatten hat, angenommen.

Es folgt eine Reihe unwesentlicher Vorlagen nach dem Antrage des Magistrats.

Schluß 8 Uhr 40 Minuten.

Eine geheime Sitzung schließt sich an.

Lokales.

Der Prozeß Stöcker ist zu Ende, die Revolutionen haben Suß, ihre Leser aber die Rede der Sammlungen hinweg zu küssen und die konservativen Organe haben alle Hände voll zu thun, ihren Lesern wieder rein zu waschen. Es kann angefaßt der Thatsachen, die sich vor den Augen Aller abgespielt haben, nicht unsere Aufgabe sein, die der ganzen Sache für oder wider Stellung zu nehmen, es will und scheint, als ob auf beiden Seiten unendlich viel unsaubere Wäsche zum Waschen kam und daß die „Freie Presse“ gut daran thäte, ihr freies Jubelgeschrei doch nicht allzu laut erheben zu lassen. Wer die Geschichte der Arbeiterbewegung in Deutschland kennt, wird wissen, daß wir durch Feinde der Stöcker'schen Maximen sind, es wäre daher wohl feil, auf den gesonnenen Gegner nunmehr auch mitleidig zu heute kann eben Jeder an dem bestegten Widerfacher sein Wohl fühlen. Wenn das paßt und wer es über sich gewinnen kann, der mag es thun, unsere Sache ist es entschieden nicht. Wir veröffentlichten gestern eine Erklärung des Herrn Hofprediger Stöcker, in welcher sich derselbe unserem Schreiben nach selbst genugsam kennzeichnet. Andererseits aber schreien uns edensio dringend erboten, darauf hinzuweisen, daß die Vorsehung, die Rache des ganzen Prozeßes eine mir dementsprechend unwillkürlich zu bezeichnende war, und wie sehr Herr Stöcker durch die erwiesenen Thatsachen als politisch, vielleicht sogar als gesellschaftlich todt Mann zu betrachten ist, so kann man doch ganz offen behaupten, daß dieserjenige Leute, welche mit so ungeheurer Empörung in die Brust werfen und sich auf die berufenen Vertreter der öffentlichen Meinung aufspielten, und gar nicht da zu angehen waren. Wer hat den Prozeß gefangen? Die „Freie Zeitung“ und ihre Hintermänner. Sie gesehen davon, daß dem Publikum wieder einmal ein Stöcker in seiner ganzen trostlosen Nichtigkeit vorgeführt wurde, ein Schauspiel, welches kaum dazu beitragen kann, auf die Ueberzeugung der oder des eigentlichen Beteiligten ein besonders günstiges Licht zu werfen, so entpuppt sich die ganze Sache dem Auge des Kundigen und des Sehenden als das was von jeher hinter jeder „freisinnigen“ Aktion gesteckt hat als ein — Schwärzer. Es ist immer ein abscheulicher Knecht, wenn man sieht, wie sich gierige Raben auf eine wehrlose Beute stürzen — ist et was Anderes, wenn ein vollständig unbekannter Rechtsanwalt die billige Gelegenheit benützt, um für sich Klammern zu machen, wenn er, da es nichts kostet und ihm Niemand etwas thut, die unglückliche Courage besitzt, einen wirklichen, leidenschaftigen Bekämpfer mit voller Unterzeichnung seines Namens in einem hiesigen Blatte zu veröffentlichen?

Ja das Ihre, ist das Ihre? Wir sind gewiß keine Stöckerianer, aber jene Leute, die sich in ihrem wüthen, wahnwüthen Siegestaumel soweit vergraben, daß sie sogar die allergeringsten Gesetze der Wohlstandigkeit außer Augen lassen, werden es schwerlich jemals soweit bringen, daß der anständige Theil der Bevölkerung ihnen seine Sympathien zuwendet. Was ist die Folge des Prozeßes? Man schnorrt, man schnorrt Abonnenten für die „Freie Zeitung“, für das heronhastige Blatt, welches für die Allgemeinheit in die Presse gesprungen ist, und jeder rechtschinnige „Freisinnige“ fühlt das notwendige Bedürfnis, ein solches Blatt nach Kräften zu unterstützen. Ob das schon nicht wenn aus dem heiligen Brustton der Advokaten vor dem Ton des mühlendammer Kreifers nachhallt? Vielleicht nicht die ganze Ständeloffäre nur des „Geschichts wegen entricht gewiesen sein? Wir wissen es nicht, wollen es auch nicht wissen, nur soviel sei gesagt, Herr Stöcker hat seinen Anhängern vor Gericht keine glänzende Rolle gespielt, aber ein gewisser Theil der „Freisinnigen“ ebenso wenig, haben keinen Grund zum Jubeln und Triumphieren.

„Danbarkeit ist eine Pflanze, die nur aus Gräbern wächst.“ so thöten wir kürzlich in einer Volksversammlung einen unserer Stadtverordneten in einer schwungvollen Rede sich ausdrücken. „Undan ist der Welt Lohn“, so sagen wir die wir profanischer angelegt sind. Man kann nicht behaupten, daß es gerade ein erhebendes Gefühl wäre, wenn man eine Sache aufmerksamkeit gewidmet hat, für dieselbe nach dem eingetreten ist, und wenn man sich dann als Dank für Grobheiten sagen lassen soll. Nebenbei geht es uns in der Beziehung mit dem Arbeiterinnen-Berein. Man wird in den Kreisen jener Damen sich wahrscheinlich noch der Zeit der Gründung des Vereines erinnern. Nach der ersten und nach den ersten Versammlungen hielt es fast die gesammte Be-

fügen und hämmern und dazwischen essen und trinken, dann man von Neuem hobeln, sägen und hämmern kann, die trohigen Ungeflams hinausstreit in die Freiheit, in einem größeren Wirkungskreis, ein weniger enges, weniger geregelt's Leben. Und wie er die überhäumende Lebenskraft des Sohnes nicht versteht und durch sein starres Behalten an Brauch und Sitte sich diesen mehr und mehr entfremdet; wie sein harter Sinn lieber das Schlimmste von dem Sohne glaubt, als daß er zugiebt, daß er sich in ihm geirrt; wie er ohne zu zaubern den Sohn des Diebstahls beichtigt, an dem jener doch unschuldig ist, obgleich der Verdacht sich nothwendig gegen ihn richten muß; so treibt er durch seine selbstquälische Härte, durch sein eckiges Ehrgefühl Frau und Tochter in den Tod. Die Frau, die eben von schwerer Krankheit genesen ist, bricht zusammen bei der Nachricht, daß ihr Karl des Diebstahls beichtigt wird, da sie sieht, daß ihr Mann keinen Augenblick an der Schuld des Sohnes zweifelt. Die Tochter Klara hat sich in einer unglücklichen Stunde einem ungeliebten Manne hingegeben, um dem eigenen Herzen weh zu machen, daß sie nicht mehr an den fernem Jugendfreund denkt, der sie so gänzlich vergessen zu haben scheint. Und dieser ungeliebte Mann, an den sie sich, weil sie den starren Sinn des Vaters kennt, mit der Kraft der Verzweiflung klammert, obgleich ihr vor ihm graut, rößt die Unglückliche zurück, nachdem er erfahren, daß sie ihm nicht zubringen werde, als sich selbst. So treibt der unbesonnenste Sinn des Vaters auch die Tochter in den Tod. An der Leiche der Mutter hat sie es ihm zugeschworen, daß sie ihm keine Schande machen werde — und sie hält ihren Schwur. Sie stürzt sich in den Brunnen.

Der harte Sinn des Meisters Anton aber wird auch durch dies Letzte, Keuherste nicht gebrochen.

„Sie hat mir auch die Schande nicht erspart.“ sind seine letzten Worte. „Man hat gesehen, wie sie sich in's Wasser stürzte.“

Die gestrige Aufführung bot ein um so größeres Interesse dar, da sie unwillkürlich den Vergleich mit der einzigen früheren Darstellung heraufbeschwerte. Das Drama stellt sehr große Anforderungen

Beste zu behor
wahrlich
tragen
lang
genügt,
daß
eine Be
Bericht
an der
geordnet
unter lei
Vorliegen
sammlun
Wir las
Beitrag
Berein
Brunnen
welche r
stark be
Referat
beiteri
Worte
Wahnwü
für die
tages ei
sch peit
die Fre
kam f
unter
dieser
wollen e
wundern
in dieser
Sanctus
die Vor
abfichtl
weil wir
selbst ei
schwen
nicht zu
zu ihrer
bekannt
haben
keit zu
und G
Besuch
Zeltäre
geitigen
wir die
den, un
sach die
nicht; r
tempel
mindere
Waher
ein T
wie bo
in Sch
weil n
geradezu
abner,
alle sind
möhren
ihre her
melen, r
und sie
neuen U
sichunge
geben di
wir auch
man doc
Arbeiter
würde.
belehrt.
Bei
Delatur
sämmtlic
verlangt
dauer i
Abends
sehr oft
und dan
Woche a
ständigen
berung l
wieder a
ar.
Einricht
an die
Vertreter
Klara's
Fre
weicher,
Wolter
sie war
düstere
Szenen
gegen d
losigkeit
weihen
erschütter
aber fü
stürzli
sch n
Spielerin
und W
kühern.
För
scheinun
winzly
Moment
trostige
nicht ab
sind das
Moment
Gefühls
Die
sehr gut
von lieb
Zielpost
ber und
neß, der
daß sein
kräbe, h
glaubt v
heit. T
der Win

Schriftsteller Ledebour referirte alsdann über den seitens einer Kommission von 7 Mitgliedern vorgenommenen Statuten-Entwurf, der schon im Druck vorlag, und empfahl die en bloc-Akknahme. Der § 1 des Statuts lautet: „Der Demokratische Verein bezweckt, für Verbreitung demokratischer Grundsätze und für politische und soziale Reformen im Sinne der Freiheit und Selbstbestimmung des Volkes mit allen gesetzlichen Mitteln zu wirken.“

Es macht sich nun ein Bedürfnis geltend — so äußerte der Redner — den Vorstand von 7 auf 9 Mitglieder zu erhöhen. Wir haben die Beobachtung gemacht, daß von den zur Zeit amtierenden 7 Vorstandsmitgliedern, zumeist nur 5 und auch weniger kommen. Die Herren machten bei ihren Entschuldigungen dann immer unausschießbare Hochzeitreisen und Kindlaufen u. dgl. (Heiterkeit). Da es aber nun dringend notwendig ist, daß mehr als 5 Vorstandsmitglieder bei der Geschäftsleitung thätig sind, so wird sich eine Kooptation baldigst als dringend herausstellen.

Ein Herr Demant (Bankom) führte alsdann etwa folgendes aus: Er müsse bedauern, daß gerade so wie alle kleineren Vereine, auch der demokratische Verein seine Hauptthätigkeit darin zu erblicken scheint, fortwährend seine Statuten zu ändern. Er meine, daß wenn ein Verein Lebenskraft besitze, die Form der Statuten A-bensache sei. Hinsichtlich des Vereinsvermögens müsse er die Ansicht aussprechen, daß es wohl am besten sei, wenn das Vereinsvermögen bei einer eventuellen Auflösung des Vereins, in den Besitz der Mitglieder übergehe. Man müsse, wenn eine solche Vorsicht nicht gebraucht werde, doch bestrafen, daß unter Verein plötzlich einmal auf Grund des Sozialistengesetzes aufgelöst und das Vereinsvermögen konfiskirt werden könnte. Allerdings scheine ja nach den bisherigen Erfahrungen keine Befürchtung vorzuliegen, unter Vereinsvermögen könne sich so ansammeln, daß eine Konfiskation sich der Nähe lohne werde (Heiterkeit). Jedenfalls sei aber gut, daß der Verein sich über sein Vermögen das freie Verfügungsrecht bewahre. (Zustimmung.)

Kaufmann Scheyer kritisirte alsdann in längerer Rede das seitens der Kommission ausgearbeitete Statut und tabelte es ganz besonders, daß das Statut nicht im besseren Deutsch verfaßt sei; es werde sich nicht in prägnanter Form aus. So ist z. B. gesagt: „Die Einladungen zu den Versammlungen geschehen durch Postkarten“ — weshalb sagt man nicht einfach schriftlich. Es könne ja dem Vorstande einmal einfallen, durch Briefe einzuladen und sei dann diese Einladung nicht bindend. (Heiterkeit). — Von anderer Seite wurde geltend gemacht, daß man sich bei den Statutenberatungen nicht mit Wortdeutlichkeiten herumplagen solle. Es sei jetzt schon Zeit genug mit der Statutenberatung zugebracht und wohl endlich an der Zeit, mit einer praktischen Agitation vorzugehen. (Beifall). — Schriftsteller Ledebour: Er müsse die gemachten Ausstellungen des Herrn Scheyer doch berücksichtigen. Er könne sich hier unmöglich mit Herrn Scheyer wegen der korrekten oder nicht korrekten deutschen Fassung des Statuts in eine längere Diskussion einlassen. Seinem grammatikalischen Wissen nach sei in dieser Hinsicht an das Statut nicht herumjuristrieren. Hinsichtlich der Einladungen: ob durch Brief oder Postkarte, müsse er bemerken, daß dies dem Vorstande überlassen werden müsse. (Beifall).

Kaufmann Scheyer: Ich glaube, ich habe das Unglück wie eine alte Jungfer, ich scheine zur Zeit nicht verstanden worden zu sein, trotzdem aber sage ich mich betreffs der stilistischen Mängelungen der Ritter vom Weisse. Ich glaube, daß diese mehr als ich als simpler Kaufmann verstehen müssen. Gegen eine en bloc-Akknahme des Statuts müßte er aber protestiren.

Es entspann sich alsdann eine längere Debatte betreffs der Einladungsfristen zur Generalversammlung. Wenn die Frist allzu kurz bemessen werde, so könne es einmal dahin kommen, daß von einer von 12 Personen besuchten Generalversammlung wichtige Punkte des Statuts geändert werden, wenn nicht gar die Auflösung des Vereins beschlossen.

Schriftsteller Ledebour trat dem entgegen und meinte: Es sei dringend erforderlich, keine großen Einladungsfristen zu stellen, da bei einer plötzlich nötig werdenden autoritativen Neuerung des Vereins, diesem die Hände gebunden seien. — Die Versammlung beschloß alsdann: in der Regel müssen die Einladungen 8 Tage vor der Generalversammlung erfolgen.

Bei der hierauf vorgenommenen Vorstandswahl wurde Dr. Guido Weiß zum ersten und Schriftsteller Ledebour zum zweiten Vorsitzenden gewählt.

Der nächste Punkt der Tagesordnung: „Das Verhältnis der demokratischen Partei zur süddeutschen Volkspartei“ wurde abgesetzt, da man erst die Beschlüsse des Mannheimer Parteitag, zu dem sich Dr. Weiß begeben, abwarten wolle. Alsdann wurde das Statut einstimmig angenommen.

Aufgelöste Volksversammlung. Die Volksversammlung, welche am Dienstag, den 26. Juni, im Wedding-Bark, Müllerstr. 178, abgehalten wurde und auf deren Tagesordnung die „Nothwendigkeit der Sonntagruhe“ stand, fand nach kurzer Dauer einen unerwarteten Abschluß. Als Leiter der Versammlung wurde Herr Kunkel gewählt, und verließ derselbe, da der Referent Herr Max Kocur, nicht erschienen war, eine Petition an den Reichstag, worin um Annahme des von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Arbeiter-Schutzgesetzes ersucht wurde; er erläuterte nach der Verlesung derselben die einzelnen darin enthaltenen Punkte und bat die Versammelten, dieselbe durch ihre Namensunterschrift zu unterstützen. Inzwischen war nun an Stelle des ausgebliebenen Referenten Herr Michelsen erschienen, welcher über die „Nothwendigkeit der Sonntagruhe“ referirte. Als derselbe aber in seinem öfter von Beifall unterbrochenen Vortrage bemerkte, daß man auf eine Industrie, wenn sie mit der Sonntagruhe nicht bestehen könnte, doch lieber ganz und gar verzichten sollte, erfolgte die politische Auflösung auf Grund des Sozialistengesetzes. (Die angeführte Petition ist bereits in Nr. 132 des „Berliner Volksblatt“ vom 10. Juni unter Arbeiter-Bezirks-Verein der Oranienburger Vorstadt und des Wedding enthalten.)

Verbotene Vereinsversammlung. Die zu Miwoch, den 17. d. M., nach der „Urania“ einberufene Versammlung des Arbeiter-Bezirks-Vereins „Süd-Ost“ wurde auf Grund des Sozialistengesetzes verboten.

Eine öffentliche Versammlung der Metallarbeiter findet am Sonntag, den 21. Juni cr., Vormittags 10 Uhr, im Wedding-Bark, Müllerstraße 178, statt. Tagesordnung: Die Nothlage der gewerblichen Arbeiter und die daraus entstehenden Arbeitseinstellungen. 2. Der Streik in der Harnburgischen Blecherei. Referent Herr Müller. Sämmtliche Schlosser, Eisen- und Metallarbeiter, Schmiede, Formner, Bohrer, Stoßer, Götter, Hilfsarbeiter, Klempner, Maschinenbauer, sowie alle im Metallfach beschäftigten Arbeiter sind freundlichst eingeladen.

Eine öffentliche Generalversammlung der Schlosser und Berufsgenossen findet Sonntag, den 21. d. M., Vormittags, in Keller's Salon, Andreasstr. 21, im großen Saale statt. Tagesordnung: 1. Die bevorstehende Durchsührung des 10 stündigen Maximalarbeitstages resp. die Festsetzung des Termins hierzu. Referent Herr Mitan. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Die Versammlung wird um 10 Uhr eröffnet und werden die Kollegen deshalb ersucht, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Die Central-Kranken- und Sterbefälle der Tischler u. s. w. hält am Sonntag, den 21. Juni, Vormittags 11 Uhr, in Alt-Neubau Nr. 90 (Restaurant Donath) eine Mitglieder-versammlung ab. Quittungsbuch legitimirt. Neue Mitglieder werden aufgenommen.

Eine außerordentliche Generalversammlung der Tischler Berlins findet heute (Freitag), Abends 8 Uhr, im Konzertsaal Sanssouci, Kottbuserstr. 4, statt. Tagesordnung: Das Verhalten des Herrn Rödel, Leiter der Lohnkommission, und die Angriffe auf den Kollegen Herold. Referent: Herr Tischler Mitan. Der Einberufer bittet alle Tischler, die sich für Recht und Wahrheit interessieren, zahlreich zu erscheinen.

Fachverein der Bau- und Fabrikarbeiter in Altona. Sonnabend, den 20. Juni, Abends 8 1/2 Uhr, große Versammlung im Schäpenseal. Tagesordnung: Vortrag und Diskussion. Verschiedenes. Neue Mitglieder werden aufgenommen.

Der Fachverein der Tischler hält am Sonnabend, den 20. Juni, Abends 8 1/2 Uhr, in Jordan's Salon, Neue Grünstraße 28, eine außerordentliche Generalversammlung seiner Mitglieder ab. Tagesordnung: 1) Die Errichtung eines Gewerbeschiedsgerichts in Berlin. Referent Herr Tugauer. 2) Tageswahl des Vorstandes. 3) Wichtige Vereinsangelegenheiten. Verschiedenes und Fragelasten. Der Zutritt ist nur gegen Vorzeigung des Quittungsbuches gestattet. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Büllets zum Sommerfest, welches am Montag, den 13. Juli, in der „Neuen Wasserhalde 36 c“ stattfindet, werden in der Versammlung abgegeben.

Für die Mitglieder der Kranken- und Begräbniskasse des Vereins sämmtlicher Berufe (S. S.) 17. Büllets, findet Sonnabend, den 20. Juni eine Versammlung bei Ruß, Flottwellstraße und Karlsbad Gde., statt. Mitglieder werden dort oder beim Kassirer aufgenommen.

Die Mitglieder der Central-Kranken- und Sterbefälle der Tischler u. s. w., östliche Verwaltungskasse Berlin G. des Frankfurter Thor-Bezirks, halten ihre nächste Versammlung am Montag, den 22. Juni, Abends 8 Uhr, Große Frankfurterstraße 117 bei Wulf (früher Rohrmann) ab. Auf der Tagesordnung steht: 1. Vorstandswahl der östlichen Verwaltung und Wahl von 7 Beitragsamtlern. 2. Verschiedenes. Der wichtige Tages-Ordnung halber ist das Erscheinen aller Mitglieder sehr nothwendig. Das Mitgliedsbuch legitimirt.

Eingesandt.

Wir werden um Aufnahme des Nachstehenden ersucht: Geheime Redaktion.

In der Nummer 139 des „Berliner Volksblatt“ in der Beilage unter Vereine und Versammlungen wird mir in der Tischler-Versammlung, welche von der Central-Lohnkommission nach der Tonhalle einberufen war, der Vorwurf von Rädels gemacht, provokatorisch in der Versammlung vom Sonntag, den 14. dieses Monats im Grand Alexanderplatz aufgetreten zu sein. Ferner hat Herr Rödel die betreffende Versammlung in der Tonhalle nach Berlin von Augen und Ohrenzeugen gesagt, ich hätte meine Spaltenkolonnen geschickt vertheilt. Ich erkläre dieses für eine Unwahrheit des Herrn Rödel. Ich schäme das Verhalten und Versammlungsgeheiß viel zu hoch, um es durch den mir untergeschobenen Rationationen für die gesammte Arbeiter illusorisch zu machen. In der betreffenden Versammlung habe ich weder Herrn Rödel noch dem Herrn Dröber Gelegenheit gegeben, gegen mich einzuschreiten. Ich verließ schon drei Anwesenende an die frische Luft befördert waren, die Aufforderung irgend eines Anwesenden den Saal; dies werden mir die Anwesenden bestätigen müssen. Auch erkläre ich hiermit, daß ich seit 13 Jahren noch nie weder in politischen noch Gewerkschafts-Versammlungen zur Ruhe aufgefordert oder auch sonstwie mich provokatorisch betragen hätte, um hinausgewiesen zu werden. Dieses werden mir tausende von Kollegen und Genossen bezeugen können. Ich bin noch im Stande, mich in jeder Versammlung öffentlich zu vertheidigen, ohne daß ich auf solche Mittel zu greifen brauche. Achtungsvoll Fr. Zubell, Tischler, Waldemarstraße 73.

Briefkasten der Redaktion.

F. D. Bartelstraße 7. Der Arbeitgeber hat immer Frittel zu bezahlen. Entgegengesetzte Vereinbarungen haben keine Gültigkeit.
H. B. 53. Sie haben nur Anspruch auf den Utschuß, der nach Deckung der Schulden, Kosten u. dgl. bleibt.

Theater.

Deutsches Theater.
Heute: Der Richter von Salamea.

Vollständiges Theater.
Heute: Großhändlers.

Amos Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.
Heute: Der Großmohul.

Waldhalla-Operetten-Theater:
Heute: Rakoczi.

Ostend-Theater:
Heute: Des Waldhofbauern Einziger.

Balken-Theater.
Heute: Papageno.

Konigsstädtisches Theater:
Heute: Die weiße Dame.

Central-Theater:
Alte Jakobstraße 30. Direktor: Ad. Ernst.
Heute: Hamburg an der Alster.

Die Beleidigung, die ich Hr. Voigt zugefügt habe, nehme ich hiermit zurück. [1315] F. Fechner.

In meinem polizeilich konfessionirten
Ein- und Verkaufsgeschäft
bieten sich besonders dem geehrten Arbeiter- und Handwerker-Publikum täglich willkürliche Gelegenheitskäufe in neuer oder fast neuer Herren- und Damen-Garderobe, Kinder-Garderobe, Uhren, Werksachen, Wäsche, Koffern, Schirmen, Hüten, Harmonikas u. dgl. empfehle m. groß Lager v. Arbeitszeug n engl. Leder, Dreil. Waag u. s. w. — Unter Umständen gewähre Theilzahl. — Denkbare Billigkeit und strengste Reellität sind in m. Jahre l. best. Geschäft Ehrensache. [1098]
M. Schulz Wwo., Snelkenaustr. 7a.

Die Uhrenfabrik

von
Max Busse, Uhrmacher
Nr. 157 Invalidenstrasse Nr. 157
zwischen Brunnen- und Alsterstraße
empfehle sein reichhaltiges Lager, sowie seine
Reparatur-Werkstatt. 806

Große Versammlung

des
Vereins der Sattler und Fachgenossen
1311
Sonnabend, den 20. Juni, Abends 8 1/2 Uhr,
in Grätwell's Bierhallen, Kommandantenstraße 77/79.
Tagesordnung: 1. Vortrag über die Bestimmungen der Annungen gegenüber denen der Fachvereine. Referent: Herr Stadtv. Fr. Goerd. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 4. Fragelasten. — Gäste willkommen. Aufnahme neuer Mitglieder. Um pünktliches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Große außerordentliche Versammlung

der
Tischler
Freitag, den 19. Juni 1885, Abends 8 1/2 Uhr,
im Saale Sanssouci, Kottbuserstrasse 4.
Tagesordnung:
Die Verleumdungen unseres Kollegen Herold und die Wahrheitsliebe des Herrn Rödel.
Referent: Herr Kollege Mitan.
Alle Tischler, welche die Wahrheit hochschätzen, sind gebeten, zu erscheinen.
Der Einberufer: A. Zubell, Waldemarstraße 36.

Arbeitsmarkt.

Zwei Schneidergesellen, die auf Stuhl arbeiten, aber nur auf bestellte Arbeit, finden dauernde Beschäftigung bei
A. Schröter, Schneidernstr., Weisensee, gegenüb. d. Post.

Fachverein der Tischler.

Sonnabend, den 20. Juni, Abends 8 1/2 Uhr,
in Jordan's Salon, Neue Grünstraße Nr. 28:
Außerordentliche
General-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Die Nothwendigkeit der Errichtung eines Gewerbeschiedsgerichts in Berlin. Referent: Tugauer.
2. Tageswahl des Vorstandes.
3. Wichtige Vereinsangelegenheiten.
Quittungsbuch legitimirt. 1317
Der Vorstand.

Gesucht

Agenten und Reisende zum Verkauf von Kaffee, Thee und Reis an Private gegen ein Figum von 300 Mark und gute Provision. [1311]
Hamburg. J. Stiller & Co.

Mitglieder = Versammlung

des Vereins zur Wahrung der Interessen
der Klavierarbeiter
Sonnabend, den 20. Juni, Abends 8 1/2 Uhr,
Kommandantenstraße 77-79.
Tagesordnung:
1. Wie verhält sich der Klavierarbeiterverein gegenüber der Tischlerlohnkommission.
2. Innere Vereinsangelegenheiten.
Gäste willkommen. Um zahlreichen Besuch bittet
Der Vorstand.
1314

Sobald erichten:
Das Elend der Philosophie.
Antwort auf Broudhons „Philosophie des Elends“.
Von
Karl Marx.
Mit einem Vorwort von Friedrich Engels.
Preis Mark 3,50.
Zu beziehen durch die Expedition Zimmerstraße 44.